

INEF Report

Institut für Entwicklung und Frieden
der Universität Duisburg-Essen / Standort Duisburg

Perspektiven der Friedenstagtheorie

Christoph Weller

Heft 68 / 2003

Dr. Christoph Weller, Politikwissenschaftler. Stellvertretender Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen

Weitere Publikationen des Autors zu dieser Themenstellung:

- Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung (InIIS-Arbeitspapier Nr. 22), Bremen 2001.
 - Friedensforschung zwischen Massenmedien und Krieg – Von der Manipulationsforschung zur konstruktivistischen Friedenstheorie, in: Albrecht, Ulrich / Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden (AFK-Schriftenreihe Bd. 29), Baden-Baden 2002, 27-44.
 - Warum gibt es Feindbilder?, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (Hrsg.): Feindbild Islam oder Dialog der Kulturen, Hamburg 2002, 49-58.
 - Die 3 Ks: Kohärenz, Komplementarität, Kooperation – Bausteine für verantwortliche Friedensförderung in der Entwicklungszusammenarbeit, in: FriEnt-Impulse 3/2003, 5-6.
- Friedenstheorie: Fragen – Ansätze – Möglichkeiten (Loccumer Protokolle 31/2003), Rehburg-Loccum 2003, i.E. (Hrsg., zusammen mit Jörg Calließ).

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Friedenspolitische Antworten oder friedentheoretische Fragen?	5
3. Begriffliche Grundlagen der Friedensforschung.....	9
3.1 Konstruktivistische Ansätze.....	11
3.2 Die Konstruktion legitimer und illegitimer Gewalt	13
3.3 Der gesellschaftliche Streit um die Gewalt.....	15
3.4 Friedentheoretische Implikationen.....	18
4. Friedenstheorien	19
4.1 Der "Demokratische Frieden".....	20
4.2 Das "Zivilisatorische Hexagon"	23
4.3 Der weltgesellschaftliche Frieden	27
5. Erkenntnistheoretische Aspekte von Friedenstheorien.....	28
5.1 Reflexive Perspektiven	30
5.2 Erkenntnistheoretische Kritik der Feindbild-Forschung	31
6. Schluss.....	33
7. Literatur	35
8. Anhang	43
Theoretisch-methodische Überlegungen zur Analyse der Denkmuster außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen	43

Zusammenfassung

Friedenspolitik steht mehr denn je im Blickfeld öffentlicher Debatten. Der Beitrag der Friedenswissenschaft zu den aktuellen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden ist jedoch außerordentlich bescheiden. Dies ist nicht zuletzt auf deren geringe Theorieorientierung zurückzuführen. In dem hier vorgelegten Arbeitspapier werden in drei Kapiteln einige Perspektiven für die Weiterführung friedentheoretischer Ansätze entwickelt: bezogen auf friedentheoretische Begriffe, insbesondere den Gewalt-Begriff, zu einzelnen Theorieansätzen (Demokratischer Frieden, Zivilisatorisches Hexagon) und zu den erkenntnistheoretischen Grundlagen der Friedensforschung. Damit soll ein Beitrag geleistet werden für eine intensivierte Theorieorientierung friedenswissenschaftlicher Arbeiten, die der Praxisorientierung einer modernen Friedenswissenschaft nicht entgegensteht, sondern vielmehr ihre Grundlage stärkt und Praxisrelevanz erst ermöglicht: Nur die theoretisch fundierten Antworten der Friedensforschung können sich von friedenspolitischen Meinungen unterscheiden und im öffentlichen und politischen Diskurs als Beiträge der Wissenschaft wahrgenommen werden.

Abstract

More than ever, peace policy has moved into the focus of public debate. The contribution of peace science to the ongoing discussions on war and peace is, however, strikingly a modest one. This is due not least to its lack of theory orientation. In its three chapters, the present working paper develops some perspectives for a further pursuit of approaches rooted in peace theory: with reference to some of the concepts of peace theory, in particular the concept of violence, as well as to some individual theoretical approaches (democratic peace, civilizational hexagon) and the epistemological foundations of peace research. The paper is intended to provide a contribution geared to intensifying the theory orientation of scientific peace studies, one that, far from running counter to the practice orientation of modern peace science, is aimed at strengthening its foundations, in this way rendering it relevant for practice: it is only the theoretically grounded responses of peace research that, first, distinguish it from current opinions on peace and, second, are capable of building, in the ongoing public and political discourse, a perceptible profile as contributions of peace science.

1. Einleitung

Warum beschäftigen wir uns mit Fragen der Friedenstheorie, wenn weltweit über 30 Kriege toben (vgl. Schreiber 2002: 41), nach Ansicht des Bundeskanzlers am 11. September 2001 nun auch noch der "gesamten zivilisierten Welt" ein Krieg erklärt wurde (vgl. Weller 2002a: 41), wenn mit dem Irak-Krieg und der militärischen Reaktion auf die Gefahren des transnationalen Terrorismus nicht nur die Logik des Krieges in die internationale Politik zurückkehrt, sondern in diesem Zusammenhang sogar wie selbstverständlich von "Vergeltung" die Rede ist,¹ wenn außerdem darüber gestritten werden muss, wie deutlich man eine militärische Großmacht auch öffentlich an die Beachtung des Völkerrechts erinnern darf, und offenbar Feindbilder wieder solche Wirkungen entfalten, dass nicht nur Feinden die Menschenrechte bestritten werden, sondern auch von

Freunden die bedingungslose Übernahme der eigenen Weltsicht erwartet wird?

Genau solche emotionalisierten Friedensdiskussionen verlangen jedoch förmlich nach friedentheoretischer Reflexion, um sowohl die Positionen und Argumente der Debatten-Gegner als auch das eigene Denken daraufhin zu befragen, auf welche impliziten (friedentheoretischen) Annahmen sich die Argumente und Bewertungen stützen.² Wenn beispielsweise auf allen Seiten von "Frieden" die Rede ist – wird darunter eigentlich immer dasselbe oder zumindest Ähnliches verstanden? Ist dabei Frieden ein Ziel, ein Prozess, eine normative Idee oder einfach nur eine Metapher, welche die Rechtfertigung politischen Handelns erleichtern soll? Wenn von "Gewalt" die Rede ist – wird damit auf die Rechtfertigung von Gegengewalt, auf die Leiden der Opfer oder auf die Begrenztheit des Friedens hingewiesen? Schon die grundlegendsten *friedentheoretischen Begriffe* sind in starkem oder gar besonderem Maße umstritten und verlangen daher nach spezieller friedenswissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Daher beschäftigt sich die Friedenstheorie unter anderem mit der Begriffsbil-

¹ Das ZDF-Politbarometer ließ am 12. und 13. September 2001 in einer repräsentativen Meinungsumfrage ermitteln, ob eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung es richtig findet, "wenn die USA *militärische Vergeltung* für die Terroranschläge an den Schuldigen üben" (ZDF, Politik & Gesellschaft, <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/0,1872,1019735,FF.html>; 8.11.2002). Und der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck sagte – ohne dass ihm jemand widersprochen hätte – am 19. September 2001 im Bundestag: "Es besteht kein Zweifel daran – das sollten wir über den Deutschen Bundestag auch unseren Bürgerinnen und Bürgern mitteilen –, dass es eine *militärische Vergeltung* für den kriegesischen Terroranschlag auf das World Trade Center und das Pentagon geben wird: wenn klar ist, wer die verantwortlichen Kräfte und die sie unterstützenden Staaten sind" (Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 187. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 19. September 2001, S. 18308, meine Hervorh.).

² Bei diesem Manuskript handelt es sich um eine erheblich erweiterte Fassung meines Vortrags beim Symposium "Neuere Entwicklungen in der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland: eine Bestandsaufnahme" an der Universität Augsburg, 30.9. – 1.10.2002. Für hilfreiche Kommentare zu vorhergehenden Fassungen dieses Textes danke ich Volker Böge, Thorsten Bonacker, Christine Eifler, Bettina Führmann, Jochen Hippler, Pia Kohorst, Dieter Senghaas, Angelika Spelten sowie den TeilnehmerInnen am Sechsten Friedenstheorie-Workshop am 31.1. – 2.2.2003 in der Ev. Akademie Loccum.

dung, insbesondere bezüglich zentraler Begriffe wie Konflikt, Frieden und Gewalt (vgl. Bonacker/Imbusch 1999).

Neben solchen begrifflichen Vorverständnissen sind Friedensdiskussionen auch durchsetzt von *Theorie-Annahmen*, von Vermutungen und Hypothesen über systematische soziale Zusammenhänge, die aber in der subjektiven (Selbst-) Wahrnehmung in der Regel als *Wissen* über diese Zusammenhänge aufgefasst werden. Im wissenschaftlichen Diskurs gilt dieses Wissen dann aber als mehr oder weniger gesichert beziehungsweise umstritten. Welche Rolle spielt beispielsweise soziale Ungerechtigkeit oder eine unzureichende Konfliktkultur für innergesellschaftliche Gewaltkonflikte? Tragen militärische Interventionen in undemokratischen Staaten zur Stärkung oder Schwächung einer konstruktiven Konfliktkultur und aggressiver Außenpolitik bei? Unter welchen Bedingungen kann welche Art von Intervention langfristig zu stabilen demokratischen Verhältnissen und friedlichem Außenverhalten eines anderen Landes beitragen? Warum sind Demokratien untereinander so friedlich, wenn sie doch gegenüber Nicht-Demokratien ziemlich aggressiv sein können? Auf diese und ähnliche Fragen gibt es unterschiedliche Antworten, je nach zugrundeliegender friedens-theoretischer Herangehensweise. Weil jedoch daraus je nach Antwort auch verschiedene Strategien, Handlungsempfehlungen und politische Konsequenzen resultieren, kann eine praxisorientierte Friedensforschung die Ursachen solcher Antwort-Differenzen nicht ignorieren. Außerdem werden mit jeder Theorieaussage auch *erkenntnistheoretische Fragen*

aufgeworfen: Aus welcher Perspektive beobachten wir die Zusammenhänge, und welchen Einfluss nimmt unsere Art des Beobachtens auf die jeweiligen Erkenntnisse? Kann beispielsweise, wer Freunde oder Familienangehörige bei den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon verloren hat, zur selben Einschätzung über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen westlicher und islamischer Welt kommen wie jene Menschen, die sich jahrelang dafür engagiert haben, dass in ihrer bayerischen Gemeinde eine Moschee gebaut werden kann?³ Kann in einem Land, dessen *nationale* Meisterschaften in verschiedenen Sportarten "World Series", also Weltmeisterschaften heißen (vgl. Stichweh 2000: 234), dasselbe Welt-Bild, also Bild von der Welt entstehen wie in einem Land, dessen Außenpolitiker sich über Jahrzehnte mühsam um die internationale Anerkennung als friedliebendes Land (vgl. Haftendorn 2001) bemühen mussten? Ist möglicherweise die Differenz der Beobachtungsperspektiven und der daraus resultierenden Weltbilder der eigentliche Kern bestimmter transatlantischer – und damit auch friedenspolitischer – Differenzen? Welche Perspektive muss die Friedenswissenschaft einnehmen, um solches erkennen zu können, oder anders gefragt: Auf welcher erkenntnistheoretischen Grundlage können wir Weltbilder und die verschiedenen Wege ihres Zu-

³ Vgl. die Pressemitteilung "Nach dem Terror: Muslime in Bayern unter Druck" des Bayerischen Rundfunks vom 19.9.2001: "[...] Im benachbarten Lauingen dagegen wurde vor fünf Jahren die erste Moschee Bayerns errichtet." (http://www.br-online.de/inhalt/wir_ueber_uns/pressestelle/aktuelles/6579/; 8.11.2002).

standekommens (friedens-) wissenschaftlich analysieren?

Mit diesen Fragen und Beispielen sind drei zentrale Aufgabenstellungen friedentheoretischer Arbeit angesprochen, an denen in den vergangenen Jahren unterschiedlich intensiv gearbeitet wurde: begriffliche Grundfragen der Friedensforschung, Friedenstheorien als theoretisch-analytische Ansätze zum Verständnis von Friedensbedingungen und erkenntnistheoretische Aspekte friedenswissenschaftlicher Arbeit. In diesen drei Feldern will ich im Folgenden Ausschnitte des aktuellen friedentheoretischen Diskurses skizzieren, um damit zum einen deutlich zu machen, welche friedentheoretischen Angebote einer theoretisch interessierten Friedensforschung zur Verfügung stehen, und zum zweiten, welche Perspektiven sich daraus für eine Fokussierung friedenswissenschaftlicher Arbeit und die Praxisorientierung einer modernen Friedenswissenschaft entwickeln ließen. Darauf wird sich auch der Schlussabschnitt konzentrieren, während ein kleiner Anhang die forschungspraktische Relevanz der vorgebrachten theoretischen Überlegungen an einem Beispiel verdeutlichen soll. Zunächst ist jedoch der gesellschaftliche und wissenschaftliche Kontext friedentheoretischer Arbeit auszuleuchten, also jenes Feld, in dem die friedenswissenschaftliche Arbeit stattfindet und in dem deren Produkte dann auf ihre KonsumentInnen treffen, denn Hintergrund der hier vorgetragenen Überlegungen ist kein abstraktes Theorie-Ideal, sondern das Selbstbild einer praxisorientierten Friedenswissenschaft und die sich daraus ergebenden Anforderungen.

2. Friedenspolitische Antworten oder friedentheoretische Fragen?

Meist waren es die nach-kriegerischen Phasen des (welt-) gesellschaftlichen Zusammenlebens, die zu besonderen Konjunkturen friedenspolitischer und dann auch friedentheoretischer Debatten geführt haben. So lassen sich auch die aktuellen friedentheoretischen Fragestellungen und Diskussionsbeiträge nicht unabhängig von ihrem historischen Kontext und den durch ihn aufgeworfenen Anfragen an die Friedensforschung verstehen. Hier ist bis heute, trotz der aktuellen Wendungen des weltpolitischen Geschehens, vor allem der mit dem Ende des Ost-West-Konflikts einhergehende Wandel globaler Konfliktformationen wirksam, aber natürlich auch die seit dieser Zeit zunehmenden militärischen Aktionen sogenannter humanitärer oder auch sonstiger Interventionen. Doch möglicherweise sind es sogar in weit geringerem Maße der historische Kontext selbst bzw. dessen gesellschaftliche Konstruktion, als vielmehr die ihr entspringenden Anfragen, welche das Themenfeld friedentheoretischer Debatten vorstrukturieren.

Eine wesentliche Rolle hierbei spielt, neben den Beobachtungen und Erfahrungen aktueller Kriege und Gewalthandlungen, ein vielfach an die Friedensforschung herangetragenes Wissenschaftsverständnis, in dem die Auffassung vorherrscht, Wissenschaft könne eindeutige Antworten auf gesellschaftliche Problemlagen bereitstellen. Entsprechend lässt sich die *traditionelle Erwartung* an die Friedenswissenschaft auf die Frage zuspitzen: "Was soll getan wer-

den, um den verlorenen Frieden wieder herzustellen?" Die Friedensforschung wird also vornehmlich dann gefragt, wenn der Frieden beziehungsweise *der* Frieden, von dem gerade die Rede ist, schon längst verschwunden ist, also durch Gewalt zerstört worden ist. Und die Friedensforschung wird dann – insbesondere von den Massenmedien – *danach* gefragt, was man gegen aktuell stattfindende Gewalt tun solle. Dahinter steht wohl die eher diffuse Erwartung, dass die Friedensforschung zur (Wieder-) Herstellung des Friedens – im Gegensatz zu den vorherrschenden Denkungsweisen staatlicher Außenpolitik – doch anderes als Gegen-Gewalt anzubieten haben müsse.

Schon in dieser, traditionellen Erwartungen entsprechenden klassischen Frage an die Friedensforschung steckt ein mindestens dreifaches *friedenstheoretisches Vorverständnis*:

- (1) Frieden sei erst dann abhanden gekommen, wenn "wir" davon erfahren, dass irgendwo auf der Welt Menschen unter Gewalt zu leiden haben – wenn also das Ausmaß direkter Gewalt so groß ist, dass die Massenmedien darüber berichten.⁴
- (2) Frieden müsste schnell, kurzfristig, möglichst ohne größere Kosten und am besten unter Verzicht auf jegliche Gewalt hergestellt werden können.⁵

⁴ Zur Rolle der Massenmedien für unsere Vorstellungen von Krieg und Frieden vgl. Weller (2002a, 2002c).

⁵ Vgl. z. B. Krippendorff (2002: 199f): "Es ist Aufgabe engagierter, praxisorientierter Friedensforschung (und Engagement und Praxisorientierung sind ihr Lebensnerv!), bei jedem Konflikt, zu jeder Konfliktlösung

- (3) Die Ursache des Unfriedens ließe sich objektiv bestimmen, und nur wer kein Freund des Friedens sei, könnte sich eigentlich der Erwartung entziehen, daran mitzuwirken, diese Ursachen zu beseitigen und Frieden (wieder) herzustellen.

Zweifellos wären alle Friedensforschenden und -forscher glücklich, wenn sie diese drei Vorverständnisse teilen und entsprechende Antworten geben könnten. Doch weder die zugrunde liegende begriffliche Annahme (1) vom Frieden als Zustand, in dem keine Informationen über Gewalt bis an unsere Ohren dringen, noch die Friedenstheorie (2), die einen Zusammenhang von schnellen, einfachen, gewaltfreien Maßnahmen und langfristig gesichertem Frieden behaupten könnte, hielte einer Überprüfung anhand aktueller friedenswissenschaftlicher Forschungsdaten stand. Und in der Konfliktforschung gehört es schon lange zum gesicherten Wissen, dass sich die subjektiven Konfliktursachen nicht zugunsten irgendeiner objektiven Ursachenanalyse übergehen lassen (vgl. Bonacker 2002a), weil jeder Konflikt auch mit Differenzen in den Weltsichten (3) – und damit eben auch über die Konfliktursachen – zumindest einhergeht, wenn nicht gar darin seinen Anfang hat. Auf allen drei genannten Ebenen friedenswissenschaftlicher Reflexion (begrifflich, theoretisch-analytisch, erkenntnistheoretisch) hat die Friedenstheorie folglich systematische Überlegungen anzu-

die jeweils friedliche, d. h. die gewaltfreie Alternative zu suchen, mit der expliziten Arbeitshypothese, dass es zu jeder militärischen auch eine gewaltfreie Lösung geben muss und dass dies dann die langfristig bessere, die dauerhaftere sei."

stellen, ob, und wenn ja, wie sie die oben beispielhaft formulierte Frage beantworten und zugleich ihren wissenschaftlichen Anspruch einlösen will.

Muss das eben skizzierte friedentheoretische Vorverständnis somit als fraglich gelten, wäre es in friedenswissenschaftlicher Hinsicht wohl am konsequentesten, auf die Frage, wie sich ein verllorener Frieden wieder herstellen ließe, nicht mit Antworten, sondern mit Rückfragen und der Problematisierung der zugrundeliegenden begrifflichen, theoretisch-analytischen und erkenntnistheoretischen Vorverständnisse zu reagieren. Doch abgesehen von den Selbstzweifeln, überhaupt Antworten auf die eigenen Rückfragen zu besitzen, stünde dies außerdem völlig konträr zu der eben beschriebenen Erwartung an die Friedensforschung als praxisorientierter "Lösungswissenschaft" bzw. auch zu dem von ihr in weiten Teilen vertretenen Selbstverständnis einer vornehmlich praktisch-politischen Wissenschaft und den damit erzeugten und gestützten Erwartungen, eindeutige Antworten auf friedenspolitische Problemlagen geben zu können. In diesem wissenschaftlich-gesellschaftlichen Korsett von Erwartungen, Ansprüchen und theoretischem Wissen aber wird der Raum eng für friedentheoretische Reflexionen – und entsprechend partiell und ausschnitthaft wird auch die nachfolgende Darstellung bleiben müssen.

Dass Friedenstheorien in friedenspolitischen Diskussionen eher selten eine wichtige Rolle spielen, mag auch damit zusammenhängen, dass friedentheoretische Beiträge sich nur selten die Mühe machen, die praktisch-politische Rele-

vanz ihrer Einsichten abzuschätzen oder zu verdeutlichen.⁶ Außerdem wird in starkem Maße davon ausgegangen, dass es für den "Frieden" keine konkurrierenden friedenswissenschaftlichen Theorien geben könne. So wird in *friedenspolitischen* Diskussionen auch von FriedenswissenschaftlerInnen nur äußerst selten etwa auf differierende theoretische Vorannahmen hingewiesen, auf die Differenzen friedentheoretischer Ansätze eingegangen oder gar eine explizit theoretische Argumentation vorgebracht – und es wird in aller Regel nach solcher Differenziertheit auch nicht gefragt. Dies führt in der Summe dazu, dass im Gegensatz zu manch anderen Sozialwissenschaften die Theorie-Arbeit in der Friedensforschung ein Schattendasein führt und offenbar für viele Friedensforscherinnen und -forscher auch keine besondere Relevanz besitzt. Denn nimmt man den Output friedenswissenschaftlicher Publikationen auch nur teilweise zur Kenntnis, ist ja der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass sich auch ohne theoretische Erwägungen alles Mögliche zum Frieden schreiben lässt.

Dieser hier nur ganz grob geschilderte wissenschaftlich-gesellschaftliche Kontext, in dem sich die deutsche Friedensforschung zumeist bewegt (vgl. Wasmuht 1998; Sahm et al. 2002b), scheint mir eine nicht unwesentliche Ursache dafür zu sein, dass friedenspolitische Antworten um ein Vielfaches populärer

⁶ Während im friedenspolitischen Diskurs normative, friedensethische Fragen und Bewertungen im Vordergrund stehen, zielt der friedentheoretische Diskurs vor allem auf systematische Erkenntnisse, Erklärungen und Verständnisse.

als friedentheoretische Fragen sind. Das heißt jedoch nicht, dass solche Fragen gar nicht gestellt oder diskutiert würden. Zwar wird hier und da bezweifelt, dass es auf dem Felde der Friedentheorie in neuerer Zeit interessante Entwicklungen gäbe, oder behauptet, die Friedensforschung drehe sich theoretisch vornehmlich im Kreis. So hatte beispielsweise Johannes Schwerdtfeger seinem Buch "Begriffsbildung und Theoriestatus in der Friedensforschung" (Schwerdtfeger 2001) die Beobachtung zugrunde gelegt, dass die Friedensforschung "zwar wichtige Forschungsergebnisse hervorgebracht hat, dass aber die Weiterentwicklung von *Friedenskonzepten* und die kritische Überprüfung der *Begriffsbildung* seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – bis auf wenige Ausnahmen – versiegt sind" (Schwerdtfeger 2001: 9, meine Hervorh.).⁷ Dem hält Harald Müller in seinem jüngsten Aufsatz zu "Theorien des Friedens" eine ganze Liste von Beiträgen entgegen, die in den 1990er Jahren erschienen sind und sich durchaus der theoretischen Reflexion des Friedens widmen.⁸ Insofern könne, so Müller, von einem Mangel friedentheoretischen Bemühens kaum die Rede sein,

sondern "eher schon von Redundanz" (Müller 2003: 3).

Die seit Februar 2000 regelmäßig stattfindenden Workshops des "Arbeitskreises Theorie" der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (vgl. Calließ/Weller 2003) wiederum zeigen, dass die interdisziplinäre Vielfalt friedenswissenschaftlicher Arbeit und die massive Zunahme friedenspolitischer Problemstellungen auch viele neue friedentheoretische Arbeiten angeregt haben. Die dabei sichtbar werdenden friedentheoretischen Innovationen liefern Anregungen für traditionelle wie neue Fragestellungen und greifen in der Regel neuere Theorie-Entwicklungen in Disziplinen wie der Philosophie, der Soziologie, der Psychologie und der Politikwissenschaft auf. Deshalb scheint es nach meinem Eindruck weder angebracht, das Versiegen friedentheoretischer Diskussionen zu konstatieren, noch deren Redundanz zu beklagen, sondern vielmehr erforderlich, die Vielfalt friedentheoretischer Ansätze und Überlegungen zur Kenntnis zu nehmen, die speziell im deutschsprachigen Raum heute vorliegen.⁹ Eine solche Auseinandersetzung mit Friedenstheorien, die Prüfung ihrer Hypothesen oder die Weiterentwicklung ihrer Ansätze findet jedoch nur außerordentlich selten statt.¹⁰

⁷ Vgl. ähnlich auch Meyers (1994: 148) und Brücher (2002: 11): "In der Forschung, die sich mit dem Thema Frieden und Krieg befasst hat, wurde die minutiöse Arbeit am Begriff bisher für entbehrlich erachtet einfach deshalb, weil der Friede als eine schlichte Überlebensnotwendigkeit begriffen wurde." Zu den blinden Flecken der Schwerdtfegerschen Beobachtung vgl. Weller (2002b).

⁸ Jopp (1992), Meyers (1994), Zielinski (1995), ami-Redaktion (1996), Galtung (1998), Henkel (1999), Bonacker/Imbusch (1999), Brücher (2002).

⁹ Vgl. neben den bei den Workshops des AK Theorie diskutierten Papieren (Calließ/Weller 2003) die von Dieter Senghaas herausgegebenen verdienstvollen Bände "Den Frieden denken" (Senghaas 1995a) und "Frieden machen" (Senghaas 1997) sowie jetzt Sahm et al. (2002a).

¹⁰ Als Beispiele für die wenigen Ausnahmen vgl. Calließ (1997) sowie das aktuelle Forschungsprogramm der HSFK (Müller 2002a).

Das bedeutet zwar nicht, dass die Friedensforschung prinzipiell theorie-resistent wäre, denn die Pfade sind ja vielfältig, auf denen sich theoretische Einsichten ihren Weg sowohl in die friedenswissenschaftliche Arbeit als auch in die friedenspolitischen Diskussionen bahnen können.¹¹ Doch die gezielte Reflexion friedentheoretischen Denkens, das soll nachfolgend verdeutlicht werden, ist durchaus gewinnversprechend.

3. Begriffliche Grundlagen der Friedensforschung

Lothar Brock hatte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einen wichtigen Beitrag zur Wiederaufnahme friedentheoretischer Diskussionen im deutschsprachigen Raum geleistet und in seinen "Überlegungen zur Theoriebildung" (Brock 1990) vorgeschlagen, "Frieden nicht als Zustand eines sozialen Systems zu begreifen, sondern als eine 'ins Unendliche fortschreitende Annäherung' an ein Ziel, dessen konkreter Inhalt sich mit der Geschichte selbst immer weiter voranbewegt und das deshalb prinzipiell nicht abschließend definiert werden kann, wohl aber eine kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen und die Identifizierung von Ansatzpunkten für deren friedensdienliche Veränderung erlaubt" (Brock 1990: 72).

Folgt man dieser begrifflichen Eingrenzung, resultiert daraus die Anforderung, bezogen auf die jeweils aktuelle geschichtliche Situation, den Frieden als Ziel inhaltlich zu bestimmen. Für Brock war dies im Jahr 1990 "die gewaltfreie Weltgesellschaft [...], in der Konflikte unter Verzicht auf die Anwendung oder Androhung kollektiver Gewaltanwendung geregelt würden" (Brock 1990: 72). Würden wir heute, nach den Erfahrungen der vergangenen zwölf Jahre, eine ähnliche inhaltliche Bestimmung des Friedens vornehmen? Insbesondere wenn sie der Brockschen Anforderung genügen soll, "die Identifizierung von Ansatzpunkten für die friedensdienliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse" zu ermöglichen? Oder müssen wir mit ansehen, wie die Welt mit dem Frieden gar nicht vorankommt oder sich

¹¹ Ein anschauliches Beispiel scheint mir die von Dieter Senghaas Ende der 1960er Jahre entwickelte Abschreckungs-Theorie (Senghaas 1972) zur Verdeutlichung der Selbstbezogenheit und Konstruiertheit von militärischer Bedrohung zu sein, die ihren Weg über den von Senghaas erfundenen Begriff "Feindbild" in allgemeinere Vorstellungen über internationale Politik nahm (vgl. Weller 2001: 7-17) mit der Konsequenz, dass heute kaum mehr jemand daran zweifelt, dass Regierungen in erheblichem Maße an der Feindbild-Produktion beteiligt sein können, so dass dieses Wissen nicht nur eine friedenswissenschaftliche Herangehensweise an die augenblickliche US-Politik anleiten kann, sondern auch die besonders in Deutschland verbreitete politische Skepsis gegenüber der aktuellen US-amerikanischen Abschreckungs- und Drohpolitik bestimmt.

sogar im Rückwärtsgang befindet (vgl. etwa Kaldor 1999; Münkler 2002), wie insbesondere das soziale System der internationalen Politik keinerlei "Annäherung" an den Frieden unternimmt, sondern sich ständig weiter von ihm entfernt (vgl. Hauswedell et al. 2003) und sich daher auch die inhaltliche Bestimmung des "Friedens" nicht "voranbewegt", wie Brock (1990: 72) erwartet hatte, sondern auf breiter Front zurückgefahren wird und deshalb das Ziel "friedensdienlicher Veränderungen" möglicherweise gerade heute mal bescheidener formuliert werden müsste?

Georg Picht hatte schon in der Frühphase der deutschen Friedensforschung behauptet, dass es zum Wesen des Friedens gehöre, "dass er nicht definiert werden kann" (Picht 1975: 46, Hervorh. dort). Der Grund hierfür liege darin, dass gerade der Streit darum, welche Gesellschaftsordnung als "Frieden" anerkannt wird, der eigentliche Gegenstand aller politischen Konflikte sei (Picht 1975: 46).¹² Folgt man Picht, kann die Friedensforschung sich zwar am politischen Streit um eine friedliche Ordnung intensiv beteiligen, aber sie wird mit den dabei vorgebrachten Positionen und Friedens-Definitionen keine begriffliche Grundlage für friedentheoretische Ansätze schaffen können.¹³ Oder anders

formuliert: Ein wissenschaftlicher Friedensbegriff wird niemals in dem Sinne wissenschaftlich sein können, dass seine intersubjektive Anerkennung über politische Grenzen hinweg unumstritten wäre, und wird sich insofern immer über den theoretischen Kontext, in dem er Verwendung findet, zu plausibilisieren haben.¹⁴

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Gewaltbegriff, ohne den weder eine Begriffsbestimmung noch eine Theorie des Friedens denkbar erscheint.¹⁵ Alle Friedensbegriffe nehmen Bezug auf die Gewalt, natürlich in negativer Hinsicht. Doch manche Formen von Gewalt – etwa die rechtsstaatlich kontrollierte, monopolisierte Gewalt eines demokratischen Staatsapparats – scheinen in den meisten Friedensbegriffen nicht im Gegensatz zum erstrebten Frieden zu stehen (vgl. etwa Senghaas 1995b), sei er nun ein Zustand, ein Prozess oder ein

der Definition des Friedens, die wir als denkende Menschen anerkennen dürfen" (Picht 1995: 195).

¹² Vgl. auch Sternberger (1986: 76): "Der Friede ist die politische Kategorie schlechthin".

¹³ In einem anderen Zusammenhang entwickelte Picht "drei Parameter des Friedens" – Schutz vor Gewalt, Schutz vor Not, Schutz der Freiheit (Picht 1971, 1995) –, die aber nicht an die Stelle einer Definition treten können: "Wenn wir Frieden herstellen, definiert er sich selbst. Deswegen ist die Verwirklichung von Frieden die einzige Form

¹⁴ So wird auch das Verständnis und die Abgrenzung dessen, was "Friedensforschung" bzw. "Friedenswissenschaft" sei, weder unabhängig vom politisch-gesellschaftlichen, noch vom historischen Kontext festzulegen sein, sondern auf die Anerkennung einer konkreten Kommunikationsgemeinschaft angewiesen bleiben. Und insofern der Frieden ein politischer Begriff ist, wird es auch keine unpolitische Friedenswissenschaft geben können.

¹⁵ Vgl. wiederum Picht (1995) sowie gewissermaßen prototypisch Johan Galtungs Grundsatz bei der Auseinandersetzung mit dem Begriff "Frieden", die zumindest implizit den allermeisten Friedensbegriffen zugrundeliegt: "Wir beabsichtigen lediglich, die Begriffe 'Frieden' und 'Gewalt' so miteinander zu verknüpfen, dass 'Frieden' als 'Abwesenheit von Gewalt' verstanden werden kann" (Galtung 1975: 8).

Ziel. Und die Grenzziehung zwischen diesen zwei Formen der Gewalt, einer legitimen und einer illegitimen Gewalt, lässt sich offenbar weder wissenschaftlich noch ethisch dekretieren, sondern wird auf Dauer Gegenstand politischer Auseinandersetzungen bleiben (vgl. Weller 2003a), denn auch die gesellschaftlichen Konventionen und Regeln, was legitime Gewaltanwendung ist, wandeln sich im Rahmen der ständigen politischen Konflikte. Es scheint sogar so zu sein, dass der Streit darüber, wer die genannte Grenzziehung vornehmen darf, Ausgangspunkt vieler Gewalteskalationen ist. Der klassische Bürgerkrieg, der darüber ausbricht, wer die Herrschaft ausüben darf, ist in seinem Kern der Konflikt darüber, wer über die legalen und damit legitimierten Gewaltmittel verfügt und wer nicht (vgl. Gantzel 1997).

3.1 Konstruktivistische Ansätze

In aktuellen friedentheoretischen Diskussionen um die begrifflichen Grundlagen der Friedensforschung werden zunehmend konstruktivistische Ansätze entwickelt, um mit der eben skizzierten Problematik systematisch umgehen zu können (vgl. Brücher 2002; Weller 2003a). Dabei geht es nicht um die direkte Einmischung in den politischen Streit um Friedens- und Gewalt-Definitionen, sondern vielmehr um eine wissenschaftliche Beobachtung des Definitionen-Streits als Konflikt-Analyse. Die sprachliche Legitimation politischer Handlungen, beispielsweise mit Hilfe des Begriffs "Frieden" oder "humanitäre Intervention", wird als Voraussetzung kollektiver Gewaltanwendung betrachtet.

Entsprechend spielen die Strategien, mit denen Definitionen und Wirklichkeits-Deutungen durchgesetzt werden, eine zentrale Rolle bei der Analyse gewalt-samen Konfliktaustrags. Wenn beispielsweise der amerikanische Präsident seine Strategie des Präventiv-Krieges als aussichtsreichsten Friedensprozess bezeichnet, hängt die Umsetzung dieser Strategie in entscheidendem Maße davon ab, ob es ihm gelingt, insbesondere der amerikanischen Öffentlichkeit den Glauben zu vermitteln, dass sich die USA mit ihrem Krieg gegen den Irak (vgl. Hippler 2003) auf dem Weg des Friedens befinden. Oder ein anderes Beispiel: Wenn der Bundeskanzler in seiner ersten Stellungnahme vor der Presse die Terroranschläge im vergangenen September als "Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt" bezeichnete, konnte kaum mehr jemand erwarten, dass sich die Bundesregierung der hochproblematischen militärischen Reaktion darauf zur Wehr setzen würde (vgl. dazu Weller 2003b).

Der konstruktivistische Zugriff auf die friedentheoretische Terminologie geht davon aus, dass mit jeder sprachlichen Bezeichnung, sei es für ein Ereignis, einen Tatbestand oder ein Ziel, eine Unterscheidung vorgenommen wird (vgl. Brücher 2002: 19; Weller 2002c: 36f), die bei normativ geladenen Begriffen wie Frieden oder Gewalt immer konfliktiv sein muss, weil beispielsweise mit der Bezeichnung "Frieden" etwas anderes immer auch als Nicht-Frieden gekennzeichnet wird. Wer aber an diesem Nicht-Frieden beteiligt ist, ihn herbeiführen oder aufrechterhalten will, ist zumindest der politische Gegner

wenn nicht der gesellschaftliche Feind, denn nach gesellschaftlichem Konsens ist der Nicht-Frieden jener Zustand, der im Hinblick auf den Frieden verändert werden soll. Ebenso wird mit der Bezeichnung "Gewalt" eine Handlung negativ bewertet und damit zugleich auf die Möglichkeit eines Handelns verwiesen, das keine Gewalt darstellt. Indem aber somit unterstellt wird, dass auch ohne Gewalt hätte gehandelt werden können, lässt sich dem stattgefundenen Handeln mit Hilfe der Bezeichnung "Gewalt" die Legitimation entziehen. Daran wird sichtbar, dass große politische Macht damit verbunden ist, solche Bezeichnungen und Unterscheidungen für ein Kollektiv verbindlich festzulegen, etwa durch Rechtsetzung, Kommunikationsstrategien oder die Anwendung legitimer Gewalt, die dann jedoch in der Regel nicht als "Gewalt" bezeichnet wird.

In dieser Einbeziehung des Diskurses, der sprachlich-gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die zentralen Begriffe der Friedensforschung und ihre Verwendung in die friedentheoretischen Reflexionen über ihre begrifflichen Grundlagen steckt ein erhebliches Potenzial für neue friedentheoretische Perspektiven. So entwickelte beispielsweise Gertrud Brücher (2002) einen Ausweg aus der oben skizzierten Paradoxie des Friedensbegriffs, indem sie "Frieden als Form" versteht: "Der Friede ist als die Paradoxie der Einheit friedensrelevanter Unterscheidungen mithin stets von der Art und Weise abhängig, in der mit diesen Unterscheidungen umgegangen, welche Friedenswirklichkeit durch diese konstruiert wird im Sinne von projiziert,

angebahnt und vorbereitet. Sobald die Einheit friedensrelevanter Unterscheidungen in den Vordergrund rückt, nähern wir uns dem Frieden, sobald die Differenz thematisiert wird, beschäftigen wir uns mit den Hindernissen für den Frieden, sobald jedoch die Unterscheidung als ganze aus dem Blick gerät und der Friede mit einer der beiden Seiten zusammenfällt, wird er systematisch verfehlt" (Brücher 2002: 363).

Ein anderer konstruktivistischer Zugang verdeutlicht die Relevanz des Beobachtens und der damit verbundenen politischen Bewertungen bei der Verwendung von Begriffen wie "Frieden" und "Gewalt".¹⁶ So übergehen beispielsweise friedentheoretische Konzeptionen mit ihrem in aller Regel ausschließlich negativen Bezug auf Gewalt nicht nur eine zentrale friedensethische Fragestellung, sondern sie erliegen damit auch einer Blickverengung, indem sie keinen analytischen Zugriff auf jene Gewalt gewinnen können, die in den Augen der Gewaltakteure legitim ist, aus der normativen Perspektive friedentheoretischer Konzeption aber als illegitim, der Friedensentwicklung entgegenstehende Gewalt betrachtet werden müsste. Verdeutlicht an einem Beispiel: Bei der Bekämpfung einer Staatsgewalt, die

¹⁶ Daneben gibt es weitere konstruktivistische Ansätze zur Reflexion des Umgangs mit friedenswissenschaftlichen Zentralbegriffen (vgl. etwa Seifert 1999; Bonacker 2002b; Baecker 1997), die vielfältige Anregungen, sowohl für neue theoretisch-analytische Ansätze zum Verständnis der Hindernisse oder Bedingungen für Frieden als auch für intensivierte erkenntnistheoretische Analysen friedenswissenschaftlichen Beobachtens liefern und damit der friedentheoretischen Arbeit wichtige Impulse verleihen.

Minderheiten unterdrückt, erscheint den um ihr Leben fürchtenden Verfolgten Gewalt ähnlich legitim, wie sie auch der Staatsapparat für sich in Anspruch nimmt, der aus seiner Sicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Wiederherstellung des Friedens TerroristInnen verfolgt. Der Großteil aktueller Gewalt ist immer legitimierte Gewalt, betrachtet man sie aus der Perspektive der Gewaltakteure. Und dabei ist der Frieden ein prominenter Bezugspunkt für die Legitimation der Gewaltakteure, am deutlichsten vorgeführt beim Gewaltmonopol des Staates (vgl. Weller 2003a).

3.2 Die Konstruktion legitimer und illegitimer Gewalt

Reformuliert man Friedenskonzepte auf dem Hintergrund der Unterscheidung von legitimer und illegitimer Gewalt und betrachtet dabei den Frieden als Prozess, zeichnet er sich dadurch aus, dass Konflikte *ohne illegitime* Gewalt ausgetragen werden – bei gleichzeitiger Existenz *legitimer* Gewalt. Die dabei zu treffende Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt kann sich aber nicht an der Beurteilung der beteiligten Gewalt-Akteure orientieren, denn diese beanspruchen in aller Regel für sich, eine überzeugende Gewaltlegitimation – auch wenn sie als illegal einzustufen wäre – zu besitzen;¹⁷ es ist ja gerade in entscheidendem Maße die der jeweils eigenen Gewalt zugeschriebene Legiti-

mation, welche die Eskalationsgefahr von kollektiver Gewaltanwendung ermöglicht bzw. hervorbringt. Genau diese Gewalt ist aber im Hinblick auf einen Friedensprozess illegitime Gewalt – die ethisch-politische Unterscheidung kann also nur von außen an den jeweiligen Modus des Konfliktaustrags herangetragen werden.

Frieden als Prozess hat immer mit der Ambivalenz von Gewalt zu tun und entsteht durch die Delegitimation jener, aus Sicht der Friedenskonzeption illegitimen Gewalt – was bedeutet: ein Teil der aus Akteurssicht legitimen Gewalt wird innerhalb einer spezifischen Friedenskonzeption delegitimiert, während die Legitimation des anderen Teils der Gewalt durch die Friedenskonzeption anerkannt und übernommen wird. Auch wenn explizit der Eindruck erweckt wird, Friedenstheorien zielten auf die grundsätzliche Delegitimation von Gewalt, ist ihnen, wie oben gezeigt wurde, zugleich die Gewaltlegitimation inhärent. Demnach ist Frieden in diesen Konzeptionen immer auch ein Prozess konstanter Legitimation von Gewalt und der Anerkennung dieser Legitimation – unter Hinweis auf den Frieden als Ziel.

Friedenstheorien, die von der Gewaltfreiheit des Friedens ausgehen, entziehen sich der entscheidenden friedensethischen Positionsbestimmung und verfehlen zugleich, der empirischen wie normativen Differenziertheit von Gewalt auch nur annähernd gerecht zu werden (vgl. ausführlicher dazu Weller 2003a). Entgegen allem oberflächlichen Anschein, den die Ausdifferenzierung von

¹⁷ Von ähnlich unbezweifelnder Überzeugung ist die Einschätzung der Opfer von Gewalt getragen, die in aller Regel von der Illegitimität der ihnen angetanen Gewalt überzeugt sind.

Gewaltformen¹⁸ erweckt, bleibt die Friedenstheorie doch weitgehend blind für die politisch relevanten Formen von Gewalt, nämlich jene, deren Legitimität gesellschaftlich umstritten ist. Die Überzeugungskraft und Relevanz von Friedenskonzeptionen bemisst sich in dieser Frage folglich weniger an ihrer theoretischen oder analytischen Kraft, sondern ergibt sich vornehmlich aus der gesellschaftlichen Anerkennung der in ihr enthaltenen Gewaltlegitimation.

Jede Gesellschaft besitzt ihren Konsens über Formen von Gewalt, die *eindeutig* illegitim bzw. legitim sind. Die sexuelle Misshandlung und Tötung eines Kindes wird hierzulande eindeutig und übereinstimmend als "illegitim" bewertet, während die polizeiliche Gewalt gegen einen Geiselnnehmer und Bankräuber als Beispiel für gesellschaftlich unumstritten legitimierte Gewalt gelten kann.¹⁹ Solche eindeutig legitimen bzw. illegitimen Gewaltformen stellen kein ernsthaftes Problem für friedentheoretische Ansätze dar. Dagegen ist jedoch jener Bereich von Gewalt theoretisch deutlich schwieriger zu bearbeiten, dessen Legitimation gesellschaftlich umstritten ist. Dies kann sich sowohl auf Gewalt beziehen, die

von staatlichen Organen verübt wird als auch auf Gewaltausübung durch gesellschaftliche Akteure. Gelingt es den jeweiligen Gewaltakteuren, für ihre Gewaltlegitimation gesellschaftliche Anerkennung zu finden, wird diese Gesellschaft diesen Einsatz von Gewalt als Beitrag zu mehr Frieden einstufen. Gelingt es ihnen nicht, erlebt die Gesellschaft einen Verlust an Frieden und legitimiert in der Regel damit zugleich einen anderen, gegen die als illegitim eingestufte Gewalt gerichteten Gewalteininsatz.

Gewalt produziert Legitimation für Gegen-Gewalt, oder friedentheoretisch präzisiert: Die gesellschaftliche Bewertung bestimmter Gewaltformen als illegitim verschafft der entsprechenden Gegengewalt gesellschaftliche Legitimation.²⁰ Nun verwendet der gesellschaftliche Diskurs den Begriff "Gewalt" allerdings fast ausschließlich für die nicht-legitimierten Gewaltformen und trägt dadurch zweifellos dazu bei, die Ambivalenz der Gewalt unsichtbar zu machen.²¹ Es scheint sogar so zu sein, dass die Bezeichnung einer Handlung (oder Struktur) als "Gewalt" die gesellschaftliche Funktion besitzt, genau diese Handlung (oder Struktur) gesellschaftlich zu

¹⁸ Vgl. etwa Meyers (1994: 38): "Intendierte, nicht-intendierte, physische, psychische, personale, objektbezogene, manifeste, latente, objektlose und strukturelle Gewalt".

¹⁹ Zur Legitimation des Bankraubs vgl. Brecht (1968: 94): "Wir kleinen bürgerlichen Handwerker, die wir mit dem biedereren Brecheisen an den Nickelkassen der kleinen Ladenbesitzer arbeiten, werden von den Großunternehmen verschlungen, hinter denen die Banken stehen. Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" (Mac am Ende der Dreigroschenoper).

²⁰ Ganz ähnlich verfahren Friedenstheorien: Zwar zielen sie vordergründig darauf, bestimmte Formen von Gewalt zu delegitimieren und dafür gesellschaftliche Anerkennung zu gewinnen, aber alle explizit nicht-delegitimierten Formen erfahren daraus eine implizite Legitimation.

²¹ Die in friedentheoretischen Ansätzen konzipierte Gewaltfreiheit des Friedens übernimmt letztlich dieses Alltagsverständnis von Gewalt und stützt es damit zugleich, verhindert damit aber eine differenziertere Gewaltanalyse.

delegitimieren. Darin liegt bis heute die Attraktivität der Rede von "struktureller Gewalt" (zuerst bei Galtung 1969), die in der Lage ist, Verhältnisse zu kritisieren, ohne eine Grenze bestimmen zu müssen zwischen anerkannten und zu delegitimierenden Strukturen.

Durch ihre mangelnde Aufmerksamkeit für die Ambivalenz der Gewalt gelingt es Friedentheorien zwar, einen möglichst schönen, nämlich gewaltfreien Frieden zu entwerfen. Aber mit dem daraus folgenden, derart undifferenzierten Gewaltkonzept leidet zugleich ihre Fähigkeit, die Realität der Gewalt zu erfassen²² und auf den Frieden hin zu beurteilen. Außerdem übersieht sie die u. a. auch friedenskonstituierenden Funktionen des gesellschaftlichen Streits um die "Gewalt", in dessen Rahmen die Grenze zwischen legitimer und illegitimer Gewalt ständig bekräftigt oder verändert wird.

Mit der Kennzeichnung "Gewalt" wird ein soziales Handeln in der Regel von jenen belegt, die unter der Gewalt zu leiden haben, sich von ihr bedroht fühlen oder die ihr aus anderen Gründen etwas entgegensetzen wollen. Es sind nicht die TäterInnen, sondern die Opfer – oder die Opfer-Perspektive einnehmende BeobachterInnen –, welche die Gewalt-Zuschreibung vornehmen und sich damit zugleich in eine bestimmte gesellschaftliche Position bringen. Daher rührt die negative Konnotation des alltagssprachlichen Gewalt-Begriffs, der dazu dienen soll, einem Verhalten Illegitimität zuzu-

weisen. Mit dieser Gewalt-Zuschreibung richtet man sich möglicherweise auch an die TäterInnen, vor allem aber an die "ZuschauerInnen", deren Zustimmung, Hilfe und Solidarität man sich erhofft. Gewalt geschieht also in einem Dreiecksverhältnis (vgl. Nedelmann 1997: 66), in dem der Täter oder die Täterin von der Legitimität seines/ihrer Handelns ausgeht, während das Opfer durch die Gewaltzuschreibung die Illegitimität behauptet – und dies beides geschieht unter mehr oder weniger öffentlicher, gesellschaftlicher Beobachtung, verbunden mit der Aufforderung an die "ZuschauerInnen", sich zur Frage der Legitimität des Handelns zu verhalten, also zu beurteilen, ob es sich um "Gewalt" gehandelt hat oder nicht.

Dieses sehr abstrakte Modell könnte als Folie dienen, einen analytischen Zugang zu Gewaltvorkommen zu gewinnen, der weder eine eigene normative Position zur Legitimitäts-Frage der analysierten Gewalt erfordert, noch eine ahistorische Definition von "Gewalt" zugrunde legen muss, denn im Zuge gesellschaftlicher Entwicklung verändert die Gewalt ihr Gesicht. Indem jedoch genau die Gewalt-Zuschreibung und ihre gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Zurückweisung im Mittelpunkt der Analyse steht, wird auch dieser Wandel der Gewalt – immer bezogen auf einen konkreten gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang, sei es die Familie oder die Weltgesellschaft – erfasst.

3.3 Der gesellschaftliche Streit um die Gewalt

Die Perspektive auf den Kommunikationszusammenhang über Gewalt im oben

²² Vgl. dagegen die breite sozialwissenschaftliche Gewaltforschung, jetzt bei Heitmeyer/Hagan (2002).

beschriebenen Dreiecksverhältnis – Beobachtung, Zuschreibung, Delegitimation – eröffnet nicht nur Einsichten darüber, wie Gewalt "hervorgebracht" wird – indem eine Gewalt-Zuschreibung vorgenommen wird, welche bei der gesellschaftlichen Beurteilung Zustimmung findet, wodurch die TäterInnen-Beurteilung (des Handels als Nicht-Gewalt) delegitimiert wird –, sondern auch, wie Gewalt – für die Gesellschaft – zum Verschwinden gebracht werden kann: durch Verzicht auf Gewaltzuschreibungen oder die Legitimation von "Gewalt"-Handlungen, so dass sie gesellschaftlich nicht mehr als "Gewalt" gelten. Beide Prozesse, das Hervorbringen und das Verschwindenlassen von Gewalt, sind Elemente gesellschaftlicher Selbstbeschreibung (Luhmann 1997) und des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses bei der Bewertung von Gewalt. Einige skizzenhafte Beispiele mögen dies verdeutlichen.

(1) Die Auseinandersetzung um die sogenannte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland war eine wichtige und bis heute prägende Gewalt-Debatte dieser Gesellschaft. Der Korea-Krieg 1950-53 wurde von der Bundesregierung zum Anlass genommen, auf die militärische Bedrohung der BRD, insbesondere durch die Sowjetunion, hinzuweisen. Gegenüber der Politik der Sowjetunion erfolgte also eine Gewalt-Zuschreibung, für die sich die Bundesregierung quasi stellvertretend für den westdeutschen Staat in die Opfer-Rolle begab. Ziel dieser Gewalt-Zuschreibung war, der Sowjetunion die Legitimation ihrer Rüstung zu bestreiten und daraus zugleich die Legitimation für das eigene

Militär – für Gegengewalt – zu gewinnen. Diese Gewalt-Zuschreibung erfolgte primär vor der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die hier die Zuschauer-Rolle einzunehmen und über die Delegitimation der sowjetischen Rüstung zu urteilen hatte. Teile dieser Gesellschaft reagierten darauf mit einer konkurrierenden Gewaltzuschreibung; auf dem Hintergrund ihrer Opfer-Erfahrung des gerade erst beendeten Krieges wollten sie *alle* militärischen Gewaltapparate als "Gewalt" bezeichnet sehen und zielten damit primär auf die Delegitimation der Adenauerschen Wiederbewaffnungspläne. Gerade die große Umstrittenheit der dann getroffenen Entscheidung erforderte die Kontinuität der "Opfer-Rolle" (Gewalt-Zuschreibung für das Handeln der Sowjetunion), weil sich nur darüber die Legitimation der eigenen Aufrüstung gegenüber der bundesdeutschen Gesellschaft aufrechterhalten ließ.

(2) Eine weitere prägende Gewaltdebatte erlebte die Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren im Zusammenhang terroristischer Gewalt. Das oben skizzierte Modell ließe sich natürlich auf jede einzelne Gewalttat, jeden einzelnen Schritt der damaligen Gewalt-Debatte anlegen, was jedoch im hier interessierenden Zusammenhang nicht erforderlich ist. Verdeutlicht werden soll allein das Grundmuster, wie durch die Zuschreibung von Gewalt ein Gewalt-Täter oder eine Gewalt-Täterin konstituiert wird und das "Opfer", welches die Zuschreibung vornimmt, die gesellschaftliche Delegitimation des TäterInnen-Handelns erreichen will. So zielte die terroristische Strategie darauf ab, den wahren Gewaltcharakter des kapitalisti-

schen Staates zu enthüllen (Gewalt-Zuschreibung), um ihn auf breiter Front zu delegitimieren und damit zugleich der eigenen Gewalt-Strategie Legitimation zu verschaffen. Gleichzeitig stellte sich auch der Staatsapparat in der Opfer-Rolle dar zur Delegitimation der terroristischen Gewalt und fand mit seiner Gewalt-Zuschreibung die größere Zustimmung in der Gesellschaft, was ihm ermöglichte, die eigene Gewalt – als Gegengewalt – auszubauen, rechtsstaatliche Instrumente einzuschränken und damit die demokratische Kontrolle der staatlichen Gewalt zu erschweren. Die "ZuschauerInnen" waren mehrheitlich der staatlichen Gewalt-Zuschreibung gefolgt und hatten damit seine Reaktionen auf die Gewalt als Gegen-Gewalt legitimiert.

(3) Auch im Zuge der sicherheitspolitischen Debatte um die Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in den 1980er Jahren fanden in der Bundesrepublik bedeutsame Gewalt-Debatten statt, von denen eine herausgegriffen werden soll, die vor allem das Element der Gewalt-Zuschreibung verdeutlichen soll. Die Raketen-GegnerInnen hatten, um die Stationierung doch noch zu verhindern, vielfältige "gewaltfreie Aktionen", insbesondere Sitzblockaden durchgeführt,²³ die der Staatsapparat

nicht dulden wollte. Entsprechend griff er mit polizeilichen Aktionen, denen von Seiten der DemonstrantInnen "Gewalt" zugeschrieben wurde, ein und ließ die Blockaden abräumen. Sowohl der Staatsapparat, der sich für die Bewegungsfreiheit der Raketen verantwortlich fühlte, als auch die BlockiererInnen, die sich auch deshalb für "gewaltfreie" Aktionen entschieden hatten, um dem Staatsapparat so weit wie möglich die Option zu entziehen, aus einer Opfer-Rolle die Legitimation zu Gegen-Gewalt zu erlangen, konkurrierten mit ihren Gewalt-Zuschreibungen um die Zustimmung der Gesellschaft zur Delegitimation des Handelns der jeweils anderen Seite. Dies wird besonders deutlich daran, dass die Rechtfertigung des staatlichen Gewalt-Einsatzes gegen die "gewaltfreien" Blockaden darüber erfolgte, dass das Sitzen auf der Straße im juristischen Sinne zur "Gewalt" erklärt werden musste (§ 240 StGB). Die Delegitimation des Handelns der RaketengegnerInnen erfolgte über eine Gewalt-Zuschreibung, um das eigene gewalttätige Eingreifen gegen die "gewaltfreien" Blockaden gegenüber der Gesellschaft zu rechtfertigen. Der korrigierende Eingriff in die entsprechende Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht 1987 lässt sich dann als juristischer Nachvollzug einer weitgehend erfolglosen Delegitimation der gewaltfreien Blockaden verstehen. Die Gewaltzuschreibung hatte nicht zu der von staatlicher Seite beabsichtigten breiten Delegitimation der FriedensdemonstrantInnen geführt.

²³ Hier lässt sich möglicherweise ein gesellschaftlicher Lernprozess identifizieren, denn die zwei ersten hier angeführten Beispiele von Gewalt-Debatten legten die Erfahrung nahe, dass sich zwar staatliche Gewalt in gewissem Maße delegitimieren lässt, aber nicht in solchem Maße, dass damit gegen den Staat gerichtete Gewalt gesellschaftliche Legitimation gewinnen könnte; die Gewalt-Zuschreibungen des Staatsapparates hatten bis dahin noch immer den Streit um die "Opfer-Rolle" ge-

wonnen. Dies änderte sich am Ende der 1980er Jahre partiell.

Diese drei skizzenhaften Beispiele für eine Analyse der Gewalt im Dreiecksverhältnis zwischen Opfern, TäterInnen und der beurteilenden Gesellschaft ("ZuschauerInnen") sollten verdeutlichen, wie Gewalt in Gesellschaften hervorgebracht wird und wie sich aufgrund des gesellschaftlichen Beurteilungsprozesses von Gewalt-Zuschreibungen der Bereich dessen, was als zu delegitimierende Gewalt betrachtet wird, verändert. Diese wenigen Beispiele konnten zugleich schon zeigen, wie sich durch die Analyse der Kommunikationszusammenhänge über Gewalt bestimmte Muster gesellschaftlichen Gewaltumgangs andeuten, etwa die Gewalt-Zuschreibung zur Legitimation von Gegen-Gewalt oder der Streit um die Opfer-Rolle, wenn es darum geht, umstrittene Formen von Gewalt zu delegitimieren.

3.4 Friedentheoretische Implikationen

Die skizzenhafte Beschreibung verschiedener Gewaltdebatten sollte nicht nur auf den Wandel gesellschaftlicher Gewaltbeurteilung hinweisen, sondern zugleich verdeutlichen, dass Gewalt zunächst immer ein politischer Begriff ist, dessen gesellschaftliche Umstrittenheit in friedentheoretischen Ansätzen weder ignoriert noch ausgespart werden kann. Ansonsten stehen sie in der Gefahr, selbst zum Verschwinden lassen von Gewalt beizutragen, sie teilweise für die gesellschaftliche Beobachtung unsichtbar zu machen und zugleich einen wesentlichen Teil jener Konflikte, die ein erhöhtes Eskalationsrisiko und damit die Gefahr zum gewaltsamen Konfliktaustrag besitzen, auszublenden: die gesellschaftlichen Konflikte um die (De-)

Legitimation von Gewalt. Wer aus subjektiver Sicht Gewalt erleidet, ohne dass diese "Gewalt" gesellschaftlich delegitimiert wird, neigt zur Anwendung von Gegen-Gewalt. Welche friedentheoretischen Implikationen ergeben sich daraus?

Im Zuge eines konstruktivistischen Paradigmenwechsels²⁴ kann sich die Friedenstheorie auf die Beobachtung der Bedingungen und Möglichkeiten des Friedens konzentrieren. Bezüglich der Gewalt bedeutet dies die systematische Beobachtung des Zustandekommens von "Gewalt" im Sinne von Gewaltzuschreibungen, wie dies etwa oben mit dem Täter-Opfer-Zuschauer-Dreieck vorgeschlagen wurde. Damit wird eine differenzierte friedentheoretische Gewaltanalyse ermöglicht, indem mindestens drei Elemente der gesellschaftlichen Konstitution von Gewalt unterschieden werden, ohne dass eines für sich genommen schon für die "Gewalt" stehen könnte. Ausgangspunkt für diese konstruktivistische Gewaltanalyse ist die *Gewalt-Zuschreibung*, die Kennzeichnung einer Handlung als Gewalt in einem gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang. Nur wenn die "ZuschauerInnen", die den gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang bilden, in ihrer *Gewalt-Beurteilung* der fraglichen Handlung mehrheitlich der Zuschreibung folgen, handelt es sich um eine *Gewalt-Handlung*, die als solche damit gesellschaftlich delegitimiert wird (*Delegitimation der "Gewalt"-Hand-*

²⁴ Vgl. Calließ/Weller (2003). Zu einer ausführlicheren Begründung eines operativen Konstruktivismus in der Friedensforschung vgl. Weller (2000, 2002c).

lung). Damit aber steht nicht mehr die Frage im Vordergrund, was friedens-theoretisch alles als "Gewalt" bezeichnet werden soll oder was die eigentliche Gewalt ist, sondern die gesellschaftliche Interaktion, in der Gewaltzuschreibungen und die Delegitimation von Gewalt stattfinden. Es ist der gleiche Ort, an dem jede Friedensordnung breite Anerkennung erfahren muss, wenn sie auf Dauer einen gewaltarmen Umgang mit Konflikten etablieren will. Insofern ist der gesellschaftliche Umgang mit Gewaltzuschreibungen ein zentrales Element von Friedenstheorien, das sich nicht auf die formale Existenz eines Gewaltmonopols und dessen Legitimationsproduktion reduzieren lässt.

Friedenswissenschaftliche Aussagen zur Gewalt besitzen neben dieser analytischen auch immer eine politische Dimension, sie sind Teil der gesellschaftlichen Interaktion von Gewaltzuschreibungen und der Delegitimation bestimmter Handlungen und Strukturen. Zu dem dabei stattfindenden Wandel und der damit möglicherweise einhergehenden Zivilisierung (vgl. Senghaas 1995b) kann die Friedensforschung durchaus wichtige Beiträge leisten. Sie muss sich dann aber auf der Grundlage friedens-ethischer Argumente um eine Positionsbestimmung zu genau jener Grenzziehung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt bemühen, die für lange Zeit als friedens-theoretisch unstrittig galt und leichtfertig ausgespart wurde. Die Beobachtung der Konstitution von Gewalt und ihrer gesellschaftlichen Umstrittenheit leistet dazu einen wesentlichen und kaum verzichtbaren Beitrag.

4. Friedenstheorien

Die Vielfalt dessen, was als Frieden bezeichnet wird, bringt unterschiedliche (Teil-) Theorien des Friedens hervor, die sich nicht zwangsläufig widersprechen müssen, die aber auch nicht unbedingt kompatibel miteinander sind. Je nach betrachtetem Ausschnitt gesellschaftlichen Zusammenlebens können sich Friedenstheorien auf die Möglichkeiten, Voraussetzungen oder gar Bedingungen z. B. eines familiären Friedens oder auch des Weltfriedens beziehen. Dabei wird die Selbstbezeichnung "Friedenstheorie" in den allermeisten Fällen für solche Ansätze verwendet, die eher für großräumige gesellschaftliche Zusammenhänge Möglichkeiten gewaltarmen Konfliktaustrags zu identifizieren suchen. Bei der Analyse internationaler Politik ist "Frieden" eine übliche Kategorie, während sie in der Soziologie eher sparsam verwendet wird – ein Hinweis darauf, dass auch in der wissenschaftlichen Beschäftigung unter "Frieden" zunächst der Verzicht auf zwischen- und innerstaatlichen Krieg verstanden wird (vgl. Jopp 1992: 37).

Für diese großräumigen sozialen Zusammenhänge liegen auch die am differenziertesten ausgearbeiteten Friedenstheorien vor. Dies gilt natürlich vor allem für den innergesellschaftlichen Frieden, der durch staatliche Herrschaftsordnungen gewährleistet werden soll, aber auch für die politologische Teildisziplin Internationale Beziehungen, deren Theorieentwicklung in ihrem Kern als Suche nach Friedenstheorien aufgefasst werden kann (vgl. Meyers 1994: 124-147; Rittberger/Hummel 1990: 19), auch wenn in den meisten

Fällen eine andere Begrifflichkeit gewählt wird (vgl. Meyers 1996). Ich kann hier nun nicht auf die vielfältigen Theoriediskussionen eingehen, die insbesondere in Reaktion auf den Wandel des internationalen Systems seit 1990 in den Internationalen Beziehungen geführt wurden (vgl. dazu Katzenstein et al. 1998; Carlsnaes et al. 2002). Ich will stattdessen zwei Theorieansätze herausgreifen und einige darauf bezogene Überlegungen anstellen, welche Perspektiven sich aus der friedentheoretischen Weiterentwicklung dieser Ansätze ergeben könnten, gerade auch im Kontext konstruktivistischer Herangehensweisen.

4.1 Der "Demokratische Frieden"

Der politikwissenschaftlichen Forschung zum sog. "Demokratischen Frieden" liegt die empirische Beobachtung zugrunde, dass demokratische Staaten *untereinander* keine Kriege führen, sehr wohl jedoch gegen nicht-demokratische Staaten.²⁵ Die Erklärung dieses (Nicht-)Friedens ist umstritten und die Aufmerksamkeit der Forschung gilt derzeit in besonderem Maße den Widersprüchen in der bisherigen Theorieentwicklung (vgl. Müller 2002a),²⁶ um auch die Implikati-

onen für die politische Praxis besser beurteilen zu können. Auch in diesem Forschungsfeld haben in letzter Zeit konstruktivistische Ansätze neue Akzente gesetzt, indem sie in den gegenseitigen Wahrnehmungen von Staaten als friedliche Demokratien bzw. als bedrohliche und friedensgefährdende Nicht-Demokratien ein wesentliches Element einer Theorie des Demokratischen Friedens sehen und zu dessen Konzeptualisierung beitragen (vgl. etwa Schrader 2003; Williams 2001; Adler/Barnett 1998; Peceny 1997; Risse-Kappen 1995).

In der Debatte um den "Demokratischen Frieden" werden verschiedene Erklärungsfaktoren diskutiert, über deren jeweiligen Stellenwert und die gegenseitigen Wechselwirkungen bisher jedoch kaum Aussagen vorliegen.²⁷ Die inzwischen hoch differenzierte Debatte grob vereinfachend können drei Erklärungsfaktoren unterschieden werden, die auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess in demokratischen Staaten in der Weise einwirken, dass gegen andere Demokratien kein Krieg geführt wird:²⁸

kunde den Titel "Zum ewigen Frieden" trägt, leicht aus dem Blick geraten können.

²⁵ Für einen Überblick vgl. Russett (1990), Geis (2001), Russett/Oneal (2001), Müller (2002a), Schrader (2003).

²⁶ Das an die These vom demokratischen Frieden anknüpfende Forschungsprogramm der HSFK ist insofern bemerkenswert, als es nicht darauf zielt, einen weiteren Beitrag zu einer seit Jahren überdrehten Fachdiskussion zu leisten, sondern den Stand der Forschung zum Ausgangspunkt nimmt, um neue Fragen zu stellen und auf normative Widersprüche aufmerksam zu machen, die in einer Denkschule, deren Gründungsur-

²⁷ Eine der Ursachen hierfür mag ein in den Internationalen Beziehungen verbreiteter Mono-Kausalismus theorieorientierter Forschung sein, der die Neigung besitzt, Theorien auf einzelne Erklärungsvariablen zu verkürzen und diese dann gewissermaßen sportlich gegeneinander antreten zu lassen in der Hoffnung, mit Hilfe konkurrierender Hypothesentests in einem Popperschen Sinne Theorien falsifizieren zu können.

²⁸ Dieses Modell von Erklärungsfaktoren orientiert sich am empirischen Befund des zwischendemokratischen Friedens. Es müsste andere bzw. zusätzliche Faktoren berücksichtigen, sollte damit jegliches Konfliktverhalten von demokratischen Staaten –

Zum einen die (1) demokratische Gesellschaft, die ganz im Kantischen Sinne, weil sie die Kosten eines Krieges zu tragen hätte (Kant 1795), dazu neige, ihre Regierung auf demokratischem Wege vom Krieg abzuhalten (vgl. Russett/Starr 2000; Moravcsik 1996). Daneben gelten (2) internationale Organisationen als wesentliche Voraussetzung zur Konfliktentschärfung zwischen Demokratien und sind damit als Erklärungsfaktor für den innerdemokratischen Frieden mit in Betracht zu ziehen (vgl. Hasenclever 2002; Czempiel 1996). Gewissermaßen zwischen diesen zwei institutionellen Faktoren steht außerdem die (3) Norm des gewaltfreien Konfliktaustrags, die sowohl der innergesellschaftlichen Interaktion in demokratischen Staaten wie der internationalen Interaktion dieser Demokratien in internationalen Organisationen – und damit auch den außenpolitischen Entscheidungen demokratischer PolitikerInnen – zugrunde liegen.

Diese mehrfache Verankerung einer Norm des gewaltfreien Konfliktaustrags verdeutlicht, in welcher enger Beziehung und möglicherweise auch Wechselwirkung diese drei Faktoren zueinander stehen. Die Norm des gewaltfreien Konfliktaustrags ist ja gerade im zwischenstaatlichen Umgang keine Naturkonstante, sondern eine Regel neueren Datums. Sie ergibt sich zudem nur teil-

weise aus den Erfahrungen und Erfordernissen internationaler Politik, vor allem aber aus dem Normenbestand demokratischer Gesellschaften. Zugleich wird sie verstärkt und gestützt durch entsprechende internationale Organisationen und Institutionen wie beispielsweise die Vereinten Nationen und das Völkerrecht. Gleichzeitig stellt diese Norm aber auch einen normativen Schirm dar, unter dem zum einen demokratische Gesellschaften und zum anderen bestimmte internationale Organisationen leben und woraus sie Legitimation und Stabilität beziehen. In diesem Sinne wirkt die Norm des gewaltfreien Konfliktaustrags also auch auf die demokratischen Gesellschaften und entsprechende internationale Organisationen ein bzw. zurück. Entscheidend für die Stärke oder Schwäche dieser Norm aber ist die *Praxis*. In der internationalen Politik fehlt die Sanktionsmacht zur Aufrechterhaltung von Normeinhaltung, so dass sich die Geltung von Normen und Regeln vor allem daraus ergibt, was als legitimes zwischenstaatliches Verhalten angesehen wird. Insofern spielt die Anerkennung und Umsetzung der Normen in staatlicher Außenpolitik eine, wenn nicht die entscheidende Rolle.

Die oben unterschiedenen Erklärungsfaktoren für den zwischendemokratischen Frieden sind also in einem Geflecht gegenseitiger Einflüsse und Abhängigkeiten angesiedelt, und insofern erscheint es sinnvoll, die damit verknüpften Theorieansätze weniger als konkurrierende denn vielmehr als sich ergänzende Ansätze zu betrachten. Um dennoch sowohl im Hinblick auf die Friedenstheorie als auch die Politikbera-

also auch gegenüber Nicht-Demokratien – erklärt werden. Hier wäre beispielsweise an das internationale Sicherheitsdilemma, an Militärallianzen, Menschenrechtsnormen und/oder wirtschaftliche Interessen zu denken, die bedeutsame Erklärungsfaktoren unfriedlichen zwischenstaatlichen Konfliktverhaltens darstellen könnten.

tung den jeweiligen Stellenwert der genannten drei oder auch noch anderer Erklärungsfaktoren genauer abschätzen zu können, erscheint auch hier eine konstruktivistische Herangehensweise angebracht, die ihre Aufmerksamkeit nicht – wie in einem Teil der Forschung zum demokratischen Frieden vorherrschend – auf Korrelationen isolierter Variablen richtet, sondern auf die Wahrnehmungskategorien außenpolitischer Entscheidungsträger. Da sich aufgrund der Kriegsbereitschaft demokratischer Staaten gegenüber Nicht-Demokratien, also der Abhängigkeit des gewaltfreien Konfliktaustrags von der Herrschaftsform *beider* an einem Konflikt beteiligten Staaten, eine dyadische Betrachtungsweise nahelegt, steht zugleich auch immer das Interaktionsverhältnis zwischen den Beteiligten im Mittelpunkt des Interesses. Entscheidend ist folglich auch, wie sich die Konfliktparteien in diesem Verhältnis gegenseitig wahrnehmen. Dies gilt sowohl für die Einschätzungen auf Seiten der politischen EntscheidungsträgerInnen als auch, gerade in demokratischen Gesellschaften, für die außenpolitischen Einstellungen der Bevölkerung (vgl. hierzu Weller 2000).

Die oben angeführten Erklärungsfaktoren für den demokratischen Frieden enthalten ja in allen Fällen Hypothesen über einen auch beim Konfliktgegner wirksamen Einfluss der genannten Faktoren auf außenpolitische Entscheidungen. Eine entsprechende Verhaltens Erwartung bezüglich des Konfliktgegners müsste sich folglich auch in der Wahrnehmung und Bewertung der Konfliktbeteiligten niederschlagen und dabei zugleich mit einer oder mehreren dieser

Hypothesen verbunden sein. Wenn beispielsweise zwischen zwei demokratischen Staaten die Deeskalation und Beilegung eines Konflikts durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung statt des Einsatzes militärischer Drohgebärden erwartet wird, kann die Begründung für diese Einschätzung unterschiedlich lauten:

- Das demokratische Legitimationserfordernis für außenpolitische Entscheidungen wird den Einsatz von Gewalt verhindern und die Konfliktparteien zu einer friedlichen Konfliktbearbeitung nötigen (parlamentarische Mitwirkung, öffentliche Meinung etc.);
- die institutionalisierte Zusammenarbeit in vielen Politikfeldern im Rahmen von internationalen Organisationen und Regimen bietet viele Möglichkeiten des Interessenausgleichs und der Konfliktbeilegung; außerdem soll der beiderseitige Nutzen internationaler Institutionen nicht durch Eskalation und Gewaltanwendung in einem Politikfeld gefährdet werden, weshalb deeskaliert wird;
- die für Demokratien konstitutive innergesellschaftliche Norm des gewaltfreien Konfliktaustrags wird auf die zwischenstaatliche Konfliktbearbeitung übertragen, für die zugleich die entsprechenden völkerrechtlichen Normen wirksam sind, die den Gewalteinsatz verhindert.

Diese drei Antwortmöglichkeiten orientieren sich an den oben unterschiedenen Erklärungsfaktoren und bilden natürlich nur einen Ausschnitt dessen, was außenpolitische EntscheidungsträgerInnen zum Verzicht auf zwischenstaatliche Gewalt zwingen kann. Historische,

konfliktspezifische, personenspezifische oder andere Argumentationen können einen ähnlichen Stellenwert bei der Analyse der Denkmuster außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen einnehmen, wenngleich sie sich kaum in eine allgemeine Theorie zwischenstaatlichen Konfliktaustrags integrieren ließen. Aber sie wären gerade für die friedenswissenschaftliche Theoriebildung, die immer auch auf eine bestimmte politische Praxis zielt, von großer Bedeutung, denn hier geht es neben der Identifikation grundlegender friedensrelevanter Zusammenhänge immer auch um den historischen Wandel der Bedingungen des Friedens.²⁹

4.2 Das "Zivilisatorische Hexagon"

In vielen friedentheoretischen Entwicklungen, nicht nur beim "Demokratischen Frieden", zeigen sich gleichsam beispielhaft die Rückwirkung der Realgeschichte auf die wissenschaftliche Theoriebildung. Waren es in den davor liegenden Epochen immer wieder die Kriege, die verstärkte Anstrengungen in der Kriegsursachen-Forschung bewirkt haben (vgl. Meyers 1990: 59; Gantzel 1997), so war es am Ende des Ost-West-Konflikts gewissermaßen der ausgebliebene Krieg, der dann logischerweise nicht nach der Analyse von Kriegs-, sondern von Friedens-Ursachen verlang-

te.³⁰ Damit wurde eine klassische Fragestellung der Friedensforschung förmlich umgedreht und nunmehr versucht, vom Ausbleiben des Krieges her die Bedingungen zu erkennen, unter denen die Bereitschaft wächst, trotz Konflikten auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Dies könnten dann – so der Gedanke – die Ursachen bzw. Bedingungen des *Friedens* sein (vgl. auch Matthies 1995, 1997 sowie Matthies et al. 1996).

Trotz der Vielfältigkeit von Friedensbegriffen, der Auseinandersetzungen um die Grenzziehung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt und des kontinuierlichen Streits darüber, wer festlegt, was als Frieden gelten darf, lässt sich beobachten, dass das Ausmaß an illegitimer Gewalt und der Grad des Friedens bzw. der sozialen Konstruktion realisierten Friedens sehr unterschiedlich sein können, sei es im Vergleich verschiedener Gesellschaften, Staaten oder Regionen, sei es im Vergleich verschiedener Beobachtungen derselben sozialen Beziehungen. Dieser Befund – auf dem Hintergrund jener Begriffe, die in genau dieser Friedens-Zone den öffentlichen Diskurs bestimmen – liefert den Ausgangspunkt, danach zu fragen, wie es kommt, dass Demokratien trotz ihrer hohen gesellschaftlichen Konflikthaftigkeit ein so geringes Gewaltpotenzial aufweisen (vgl. Senghaas 1995c).

Die mit dieser Fragestellung nahegelegte induktive Herangehensweise zur Ent-

²⁹ Zur Veranschaulichung der forschungspraktischen Relevanz dieser theoretischen Überlegungen finden sich einige detaillierte theoretisch-methodische Anregungen und Forschungsstrategien zur Analyse der Denkmuster außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen im Anhang zu diesem Arbeitspapier.

³⁰ Zugleich entstand durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts ein erheblicher Bedarf, neu über die Bedingungen des Friedens nachzudenken und in neue friedenspolitische Entwürfe umzusetzen (vgl. etwa Senghaas 1990, 1992, 1994; Jopp 1992).

wicklung einer Friedentheorie moderner Gesellschaften benutzte Dieter Senghaas zur Komposition eines "Zivilisatorischen Hexagons". Es geht ihm dabei um die Identifikation jener Faktoren, die dazu beitragen, dass die westlichen Demokratien auch in ihrem Inneren ein vergleichsweise geringes Niveau gewaltsam ausgetragener Konflikte haben. Dass beispielsweise in unserem Land die Gewaltanwendung beim Umgang mit Konflikten eher die Ausnahme als die Regel ist, ist eine tagtägliche Erfahrung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, und wir können uns gewissermaßen selbst befragen, warum wir trotz permanenter Konflikte auf den Einsatz von Gewalt in den allermeisten Fällen verzichten und warum wir im Falle von erlittener Gewalt oder anderen Unrechts nicht mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren, ja solches wahrscheinlich – im Gegensatz zum nun amtierenden Bundesverteidigungsminister (vgl. oben Fn. 2) – nicht einmal in Erwägung ziehen. Anhand dieser Frage, die es jeder und jedem Einzelnen ermöglicht, sich selbst auf die eigene Friedensfähigkeit hin zu prüfen, möchte ich das sogenannte "Zivilisatorische Hexagon" vorstellen, das von sechs konstitutiven Elementen des Friedens in modernen Gesellschaften ausgeht.

Anknüpfend an die oben gemachten Anmerkungen zum Gewalt-Begriff können wir davon ausgehen, dass das soziale Zusammenleben immer dann besonders durch Gewalt gefährdet ist, wenn Einzelne oder Gruppen den Eindruck gewinnen, unter Gewalt zu leiden und ihnen Gewaltmittel zur Verfügung stehen. Daraus entsteht die Legitimation

zur eigenen Gewaltanwendung, weil diese dann als Gegen-Gewalt, also als Mittel zur Herstellung des Friedens angesehen werden kann. Warum sind wir jedoch in aller Regel bereit, auf erlittenes Unrecht, Gewalt und Bedrohung unserer Lebenschancen – sei es durch beabsichtigte Handlungen anderer wie etwa bei einem Raubüberfall, sei es unbeabsichtigt wie beispielsweise bei einem Verkehrsunfall, sei es durch staatliche Gewaltapparate wie Polizei oder Militär oder sei es etwa durch Umweltverschmutzung oder ähnliche negative Einwirkungen auf Lebenschancen, hinter denen sich nur schwerlich intentional handelnde Akteure erkennen lassen – nicht mit Gegen-Gewalt zu reagieren?

Die Antwort liegt nicht unmittelbar auf der Hand, weil wir in starkem Maße die gewaltverhindernden Strukturen unserer gesellschaftlichen Ordnung schon internalisiert haben und ihnen daher eher intuitiv als bewusst folgen. Doch gerade im Vergleich mit Gesellschaften, die von Gewalt beherrscht werden, drängt sich eine erste Antwort auf: Weil in einem Rechtsstaat die Aufgabe, unter anderem auch mit Zwangsmaßnahmen für Gerechtigkeit zu sorgen, an bestimmte staatliche Organe delegiert ist. Aufgrund dieses Prinzips sind wir auch bereit, auf die eigene Verfügung über Gewaltmittel weitgehend zu verzichten und dem Staat ein Gewaltmonopol zuzugestehen. Damit sind zwei zentrale Elemente einer modernen gesellschaftlichen Friedensordnung benannt: *Rechtsstaatlichkeit* und *Gewaltmonopol*.

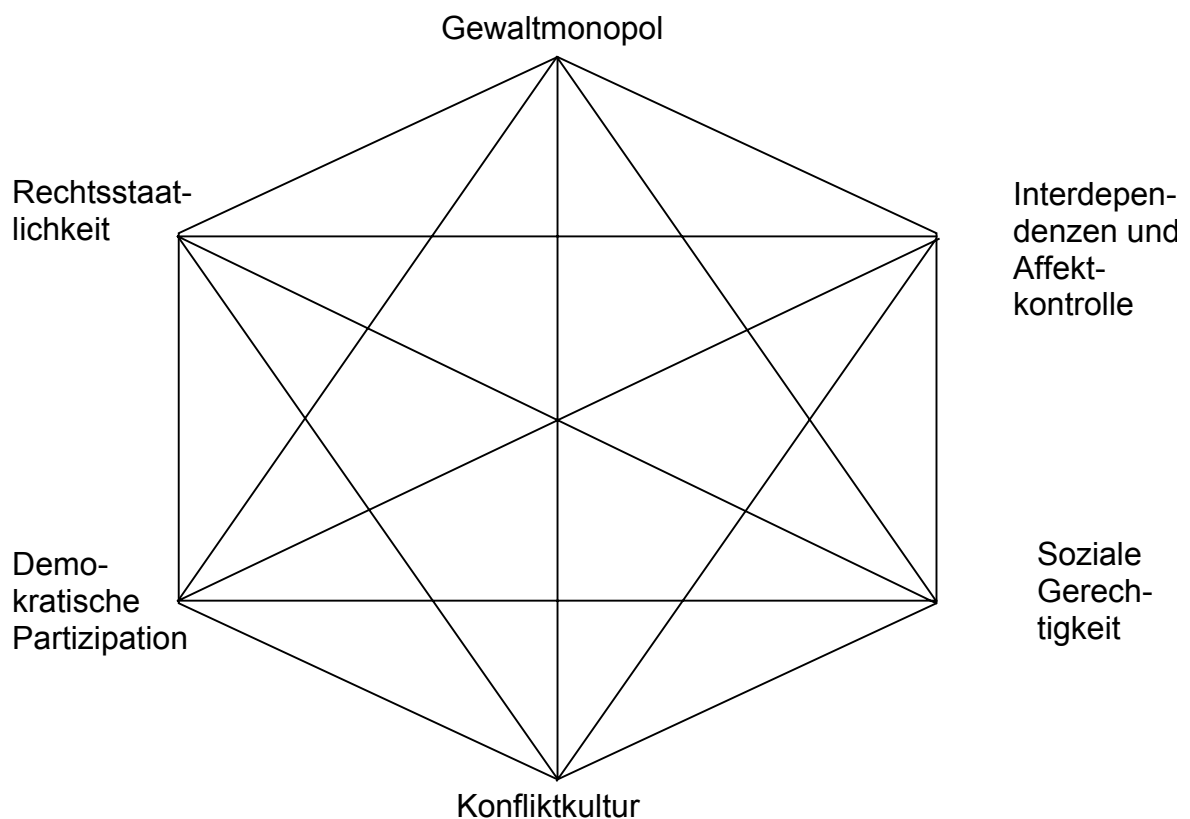
Würden die rechtsstaatlichen Regeln zur Herstellung und Durchsetzung von

Gerechtigkeit allerdings ihrerseits grobe Ungerechtigkeiten beinhalten, wäre es wieder höchst zweifelhaft, ob die dadurch Benachteiligten auf das damit erlittene Unrecht nicht doch mit Gegen-Gewalt reagieren würden. Um diese Gefahr zu reduzieren, scheint in besonderer Weise eine demokratische Herrschaftsform mit Meinungs- und Versammlungsfreiheit geeignet zu sein, denn damit wird sowohl der öffentliche, gesellschaftliche Streit über die Gerechtigkeits-Norm und ihre legislative Umsetzungen als auch ein Konfliktregelungsverfahren zum Umgang mit unterschiedlichen Interessen institutionalisiert, und die gesamte Gesellschaft an der Formulierung der Gerechtigkeits-

Regeln und der Veränderung des Rechts beteiligt. *Demokratische Partizipation* kann somit als ein drittes Element einer friedlichen Ordnung gelten.

Mit diesen drei Elementen ist aber weder gesichert, dass alle Gesellschaftsmitglieder wirklich die Möglichkeit bzw. das Gefühl demokratischer Partizipation haben, noch ist ausgeschlossen, dass eine rechtsstaatlich-demokratische Ordnung Lebenschancen so ungleich verteilt, dass diese Ordnung von Teilen der Gesellschaft als ungerecht oder sogar als gewalttätig ("strukturelle Gewalt", vgl. Galtung 1969) erlebt und folglich mit Gewalt bekämpft werden könnte. Dieser Gefahr lässt sich mit *Bemühungen um soziale Gerechtigkeit* entgegenwirken.

Abbildung 1: Das Zivilisatorische Hexagon



(Senghaas 1994: 26)

Für das friedliche Zusammenleben muss die formale Gerechtigkeit im Recht durch spürbare Maßnahmen, die insbesondere auf *materielle* Gerechtigkeit zielen, ergänzt werden.

Doch auch mit diesen nunmehr vier Elementen ist nach Senghaas (1995b) ein dauerhafter Frieden innerhalb staatlich verfasster Gesellschaften noch nicht gesichert – und auch für ein Hexagon sind ja noch zwei weitere Elemente nötig: Damit die Austauschprozesse und Konflikte in einer Gesellschaft produktiv ablaufen können, ist dem Zivilisatorischen Hexagon zufolge Erwartungsverlässlichkeit in den sozialen Interaktionsprozessen erforderlich. Diese entsteht aus den vielfältigen Interdependenzen und institutionalisierten Konfliktregelungen, in welche die Mitglieder moderner Gesellschaften eingebunden sind, und impliziert eine *Kontrolle von Affekten*. Daraus resultiert eine *konstruktive politische Konfliktkultur*, in der Toleranz und Kompromissfähigkeit zu den selbstverständlichen Orientierungen politischen Handelns gehören und die sich als emotionale Verankerung der gesamten Friedensordnung bei jedem einzelnen Gesellschaftsmitglied verstehen lässt.

Bilden diese sechs Elemente jene gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab, in denen nicht nur wir bereit sind, auf die Anwendung von (Gegen-) Gewalt zu verzichten, sondern die auch ein breites gesellschaftliches Vertrauen hervorbringen, auf dessen Grundlage wir auch bei unseren KonfliktkontrahentInnen trotz ständig wechselnder Konfliktsituationen vom Verzicht auf die Anwendung von Gewalt ausgehen können? Dafür ist natürlich bei allen sechs Faktoren ein

bestimmtes Maß bzw. ein Mindestmaß an Gewaltmonopolisierung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Affektkontrolle und konstruktiver Konfliktkultur erforderlich, über welches sich bisher keine genauen Angaben machen lassen. Ebenso ist ungewiss, ob sich das Defizit in einen durch ein Mehr in einem anderen Faktor ausgleichen ließe, in welchen unmittelbaren Abhängigkeitsbeziehungen einzelne Faktoren zueinander stehen, und ob sie sich möglicherweise partiell gegenseitig hervorbringen oder gar konstituieren. Hypothesen und Einzelbefunde zu diesen Fragen sind zweifellos vorhanden (vgl. Calließ 1997), aber noch unzureichend systematisch untersucht, so dass sich in diesem Feld zahlreiche Anhaltspunkte für weitere theorieorientierte Friedensforschung eröffnen. Lässt sich etwa ein Zusammenhang zwischen dem Wandel bestimmter hexagonaler Faktoren und der Zunahme von Gewalt in Gesellschaften beobachten, die zivilisatorisch regredieren? Welchen Einfluss nimmt die Zunahme staatlicher "Gewalt" auf die hexagonale Stabilität und zivilisatorische Entwicklung (vgl. dazu Weller 2003a)?

Und noch weit weniger wissen wir bisher, wie eine "nachholende Zivilisierung" aussehen, initiiert und unterstützt werden könnte. Damit aus sechs Punkten ein Hexagon werden kann, müssen die Verbindungslinien zwischen den genannten Faktoren gezogen werden, was in der graphischen Darstellung (siehe Abb. 1) die wechselseitigen Interdependenzen veranschaulichen soll. Damit sind uns jedoch bisher weder Hinweise gegeben, an welchen Ecken des Zivilisatorischen Hexagons primär anzusetzen

wäre, wenn eine friedlose Gesellschaft sich "zivilisieren" möchte, noch Anhaltspunkte sichtbar, ob der Verzicht auf (Gegen-) Gewalt nur dann zu erwarten ist, wenn alle Ecken des Hexagons in *einer staatlichen* Ordnungsstruktur, also auf derselben Ebene sozialer Ordnungsbildung, angesiedelt sind. Gerade im Hinblick auf die Zivilisierung weltgesellschaftlicher Beziehungen wäre es von großem Interesse, ob beispielsweise das einzelstaatliche Gewaltmonopol in Verbindung mit globalen Elementen von Rechtsstaatlichkeit, vornehmlich regional ermöglichter demokratischer Partizipation und nur rudimentären Bemühungen um soziale Gerechtigkeit, im weltgesellschaftlichen Maßstab schon zum Verzicht auf inter- und transnationale Gewalt und zu einer konstruktiven politischen Konfliktkultur zwischen Staaten führen könnte – um hier nur ein potenzielles Modell eines nichts-staatlichen Hexagons zu skizzieren.

4.3 Der weltgesellschaftliche Frieden

Da die weltgesellschaftlichen Entwicklungen (vgl. Senghaas-Knobloch 1992; Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996) jedoch auch von einer bescheidenen Verwirklichung hexagonaler Zivilisierung noch ein erhebliches Stück entfernt zu sein scheinen, stößt im Hinblick auf die globale Zivilisierung die oben erläuterte induktive Herangehensweise schnell an ihre Grenzen. Daraus resultiert jedoch nicht die Irrelevanz der genannten sechs Faktoren für eine weltgesellschaftliche Ordnung, sondern allenfalls eine gewisse Vorsicht bei der Übertragung der Theorie auf ein ihrem Entstehungszusammenhang nur partiell

vergleichbares Feld sozialer Zusammenhänge (vgl. auch Senghaas 2000; Zürn 2000). Angesichts weltpolitischer Entwicklungen, in denen ganz offensichtlich stärker auf militärische als auf "zivilisatorische" Mittel zur Herstellung von "Frieden" vertraut wird, ist jedoch die Friedensforschung in besonderer Weise herausgefordert, auf Alternativen zum Krieg hinzuweisen. Eine "Zivilmacht Europa" schreitet geradezu nach der entsprechenden friedentheoretischen Fundierung.

Zudem sind gerade jene Gesellschaften und Staaten, die ganz offensichtlich einen anderen als den mit hegemonialer Militärmacht zu erreichenden "Frieden" anstreben, gefragt, auf welchem Wege sich ein solcher angesichts der immerwährenden Gefahr, dass Menschen, Gruppen, Gesellschaften, Völker, Staaten aufgrund des Erlebens von Unrecht, Gewalt und der Bedrohung ihrer Lebenschancen zur (Gegen-) Gewaltanwendung neigen, erreichen ließe. Von einer Friedenstheorie lassen sich zu dieser Problemstellung zumindest Anregungen erwarten, die ich bezogen auf zwei Aspekte der internationalen Politik abschließend hier in Frageform noch andeuten möchte:

Wenn für den innerstaatlichen Gewaltverzicht die Rechtsstaatlichkeit der gesellschaftlichen Ordnung und die damit einhergehende Möglichkeit einer gerichtlichen Prüfung der Legalität von staatlichen Zwangsmaßnahmen von so entscheidender Bedeutung ist – warum wird dann noch nicht einmal die Möglichkeit einer völkerrechtlichen Überprüfung von Gewalt-Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates in Erwägung gezo-

gen (vgl. Zürn/Zangl 1999) – geschweige denn die Verpflichtung hierzu verlangt, und auch die vorhandenen Instrumente völkerrechtlicher Prüfung (vgl. Heintze 2003) nicht genutzt?³¹ Wenn offenbar für den innerstaatlichen Gewaltverzicht die Vermeidung von Ungerechtigkeit bei der Formulierung und Anwendung von Gesetzen eine zentrale Rolle spielt – warum wird dieser Legitimations-Aspekt bei Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates ohne weiteres ignoriert, und dort teilweise ein öffentlicher Kuhhandel zwischen Veto-Staaten betrieben, etwa im Sinne: Lässt Du mich meine, lass' ich Dich Deine Kriege führen, und mit entsprechenden Resolutionen werden wir uns das Ganze jetzt legalisieren. Oder anders gefragt: Warum spielt die *globale Legitimität* kollektiver Zwangsmaßnahmen eine so untergeordnete Rolle bei der Beurteilung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates?

Aus der Übertragung der konstitutiven Elemente innerstaatlichen Friedens auf die Zusammenhänge der internationalen Politik lassen sich solche und ähnliche Fragen ableiten, die möglicherweise auch jenen Fatalismus bremsen können, welcher sich seit der unverblühten Demonstration unipolarer Machtverteilung hier und da eingestellt und zur besorgten Suche nach Alternativen zu einer kritiklosen USA-Gefolgschaft geführt hat (vgl. Hamm et al. 2002). Auf

diesem Wege lassen sich nicht nur politische Handlungsalternativen entwerfen, sondern auch der friedentheoretischen Diskussion neue Impulse verleihen. Aus der Übertragung der Motive für innerstaatlichen Gewaltverzicht auf die zwischenstaatlich-weltgesellschaftliche Ebene lassen sich Elemente für *Global Governance* in der Friedens- und Sicherheitspolitik gewinnen (vgl. dazu Brock 2001; Nuscheler/Weller 2002). Dies verdeutlicht das Potenzial, welches in der friedentheoretischen Arbeit steckt, nicht nur in friedenswissenschaftlicher, sondern auch in praktisch-friedenspolitischer Hinsicht. Es mangelt nicht an friedenswissenschaftlichen Fragestellungen, deren theorieorientierte Bearbeitung zu friedenspolitisch relevanten Resultaten führt, und die angesichts der aktuellen Friedensbedrohungen eher heute als morgen aufgegriffen werden sollten.

³¹ "Das Grundproblem des Systems kollektiver Sicherheit, wie es heute völkerrechtlich in der UNO-Charta existiert, besteht also darin, dass es als eine Machtfigur, die nach Opportunitäts Gesichtspunkten in alle möglichen Richtungen manipuliert wird, gehandhabt wird, und nicht als eine verbindliche Rechtsfigur" (Senghaas 2000: 94).

5. Erkenntnistheoretische Aspekte von Friedenstheorien

Erkenntnistheoretische Überlegungen und Diskussionen dienen dazu, darüber nachzudenken, auf welchem Wege wir das erkennen, was wir erkennen, und welchen Einfluss dieser Erkenntnisweg möglicherweise darauf nimmt, was wir erkannt haben bzw. in Zukunft erkennen können und wollen. Dass *verschiedene* Menschen die Welt *unterschiedlich* wahrnehmen, gehört gewissermaßen zu den friedentheoretischen Grundeinsichten, denn in der Differenz von Welt-Sichten liegt nicht selten eine wesentliche Ursache von Konflikten und damit auch die Gefahr von Gewaltanwendung.³² Ich hatte oben bei den begrifflichen Aspekten schon darauf hingewiesen, dass besonders die Differenzen darüber, was als legitime Gewalt anerkannt wird, als Kern politischer Konflikte gelten kann. Was beispielweise vom einen als Gewalt erkannt oder erlebt wird, ist für jemand anderen die Sicherung von Frieden, Freiheit oder Wohlstand.

Nun hat sich die Friedensforschung in vielfacher Weise mit dieser Konfliktursache, der Differenz von Weltansichten, beschäftigt und dabei verschiedenste Einflüsse identifiziert, die dazu führen, dass Kollektive – zumindest mehrheitlich – zu gegensätzlichen Weltansichten kommen können und in den Konflikten darüber auch zur Gewaltanwendung neigen: Nationalismus, Rassismus, Vor-

urteile, Feindbilder, Propaganda, massenmediale Indoktrination, kulturelle Deutungsmuster, politische Meinungs-Manipulation, Wahrnehmungsverzerrungen, kognitive Konsistenzsuche, selektive Wahrnehmung usw.³³ All diese Hypothesen über das Zustandekommen verschiedener Weltansichten, die sich in den meisten Fällen auf die Theorieentwicklung in der Soziologie, Psychologie, Ethnologie oder Kommunikationsforschung stützen, können plausibel verdeutlichen, auf welchen Wegen Konfliktparteien zu ihren differierenden Weltansichten gelangen und damit das Potenzial zum Ausbruch von Gewalt erhöhen.

Friedensstrategien zielen dann in aller Regel nicht darauf, einzelnen Konfliktparteien die Richtigkeit *ihrer* Weltansicht zu bestreiten, sondern darauf, sie zu einem empathischen Umgang mit der Weltansichten-Differenz zu motivieren und anzuleiten. Das heißt: Sie sollen *verstehen*, aus welchen Gründen die Gegenseite die Welt anders sieht, also auf welchem Wege diese zu ihrer von der eigenen unterschiedlichen Weltansicht gelangt ist. Damit soll die Basis geschaffen werden, zu erkennen, dass auch der eigenen Weltansicht ein ganz bestimmter Erkenntnisweg zugrunde liegt, der, wäre er anders, auch zu einer anderen Weltansicht führen würde. Und aus den dabei gewonnenen Einsichten lässt sich dann durchaus ein Friedensprozess begründen,

³² Dies zeigt sich in besonderem Maße bei differierenden Weltansichten, die aufgrund kultureller Unterschiede entstehen. Hier knüpfen Konzepte interkultureller Friedenspraxis an.

³³ Vgl. dazu die einschlägigen Handbuchartikel in den Abschnitten 2 und 3 bei Heitmeyer/Hagan (2002: 287-895).

der die Gefahren gewaltsamen Konfliktaustrags reduziert.³⁴

5.1 Reflexive Perspektiven

Mit dieser Friedens- und Erkenntnisstrategie, angewandt auf die eigene wissenschaftliche Weltsicht über Konfliktursachen und den Erkenntnisweg, der dieser Weltsicht zugrunde liegt, tun sich die meisten Friedensforscher und auch Friedensforscherinnen schwer.³⁵ Dies hieße nämlich, die eigene Arbeit erkenntnistheoretisch zu reflektieren und damit die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass die eigene friedenswissenschaftliche Überzeugung vornehmlich deshalb von den Einschätzungen anderer Menschen differiert, weil auch den eigenen Erkenntnissen die ganze Palette von Wahrnehmungsmustern zugrunde liegt, die in Konfliktsituationen als Friedenshindernis betrachtet werden.³⁶ Wenn beispielsweise die Herausgeber

des Friedensgutachtens in ihrer "Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation" den folgenden Sachverhalt beschreiben: "Es zeichnet sich ein Politikwechsel ab: Militärische Gewalt soll enttabuisiert und in das Arsenal gewöhnlicher außenpolitischer Instrumente zurückgeholt werden" (Schoch et al. 2002: 3), so setzt dies eine ganz bestimmte Wahrnehmungsweise voraus, die sich folgendermaßen beschreiben ließe:

- Es wird zwischen Kontinuität und Wandel unterschieden.
- Außenpolitische Instrumente werden danach unterschieden, ob sie militärisch oder nicht-militärisch sind.
- Im außenpolitischen Arsenal befinden sich tabuisierte und nicht-tabuisierte Instrumente.

Diese Unterscheidungen vorzunehmen ist nicht falsch, aber es ist zugleich auch nicht zwingend. Würde der hier beobachtete Sachverhalt mit einer anderen Wahrnehmungsweise, also anhand anderer Unterscheidungen und Aufmerksamkeiten wahrgenommen, könnte ein anderer Satz formuliert werden, der ebenso eine richtige Beschreibung des Beobachteten wäre, aber durch andere Begriffe und eine andere Akzentsetzung eine andere Weltsicht vermittelte.³⁷ Die erkenntnistheoretische Reflexion der wissenschaftlichen Arbeit zielt dann u. a. darauf zu überprüfen, wie sich die verwendeten Unterscheidungen nachvoll-

³⁴ Eine solche Friedensstrategie setzt das Interesse der Konfliktparteien bzw. wichtiger Akteure oder RepräsentantInnen der Parteien an Interaktion und Kommunikation voraus und kann in Situationen nur begrenzt wahrgenommenen Konfliktpotenzials – und damit zusammenhängendem fehlendem Interesse an konstruktiver Konfliktbearbeitung – auch zur Intensivierung des Konflikts beitragen. Diesen Hinweis verdanke ich Michael Bommers, Institut für Migrationsstudien und interkulturelle Studien der Universität Osnabrück.

³⁵ Mit dieser Neigung sind sie jedoch im Kontext aller Wissenschaften mit Sicherheit nicht allein.

³⁶ "Um eine [...] seitenverkehrte Wiederholung der herrschenden Konfliktstrukturen zu vermeiden, käme es darauf an, eine realistische Sicht von der persönlichen emotionalen Verstrickung in einen Konflikt zu gewinnen, d. h. auch von der lebensweltlich begründeten Bevorzugung eines bestimmten Friedensparameters" (Senghaas-Knobloch 1992: 60).

³⁷ Dieser Satz könnte z. B. lauten: Schon jetzt zeichnen sich die Muster internationaler Politik des 21. Jahrhunderts ab: Außenpolitische Ziele können mit mehr Nachdruck denn je verfolgt werden, weil im Arsenal außenpolitischer Instrumente die dafür erforderlichen Mittel bereitstehen.

ziehbar begründen lassen, und ob der Weg zur formulierten Erkenntnis auch von anderen – mit anderer Weltsicht – beschritten werden kann. Sie verfolgt zugleich das Interesse, sich der eigenen Vorannahmen, Beobachtungsweisen und damit verbundener Unterscheidungen bewusst zu werden, und deren Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit (Berger/Luckmann 1980) zu reflektieren. Und sie ermöglicht zum Dritten, durch die gezielte Wahl anderer Unterscheidungen, alternative Beschreibungen der Wirklichkeit zu entwerfen, die möglicherweise neue, bisher unentdeckte Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Gerade die Friedensforschung mit ihrem Anspruch, auf die – gesellschaftlich konstruierte – politische Wirklichkeit Einfluss nehmen zu wollen, verschließt zu gerne die Augen vor dem Einfluss, den die gesellschaftlichen Konstruktionen der Wirklichkeit auf ihre wissenschaftlichen Betrachtungen nehmen,³⁸ und verschenkt damit einen erheblichen Teil des Potenzials, welches die Theoriearbeit innerhalb dieses dritten Aufgabenfelds hinsichtlich friedenspolitischer Einflüsse eröffnet (vgl. dazu Weller 2002c).

5.2 Erkenntnistheoretische Kritik der Feindbild-Forschung

In den vergangenen Jahren hat jedoch die Aufmerksamkeit für die erkenntnistheoretischen Aspekte friedentheoretischer Arbeiten merklich zugenommen. Dabei wurden diese Aspekte vornehm-

lich als erkenntnistheoretische Kritik friedenswissenschaftlicher Arbeiten diskutiert und nur ansatzweise hier und da in neue friedentheoretische Entwürfe oder friedenspolitische Wirklichkeitskonstruktionen umgesetzt. Als anschauliches Beispiel für diese Kritik lässt sich auf die Diskussion um die Feindbild-Forschung verweisen – aus meiner Sicht ein Paradebeispiel dafür, wie die mangelhafte erkenntnistheoretische Reflexion einen ganzen Forschungsstrang in die Bedeutungslosigkeit befördern kann.³⁹ Außerdem kann die Feindbild-Forschung als typisches Beispiel deutschsprachiger Friedens- und Konfliktforschung gelten, denn schon der Begriff "Feindbild" ist eine deutsche Erfindung: Er wurde von Dieter Senghaas zum ersten Mal verwendet, und die Kritische Friedensforschung hat den Begriff dann Anfang der 1970er Jahre in die öffentliche Debatte gebracht und inhaltlich geprägt.⁴⁰

Schon diese anfängliche Begriffsprägung durch die Kritische Friedensforschung zielte stärker auf die praxeologische – und damit politische – Verwendung des Wortes als auf ein wissenschaftliches

³⁸ Siehe dazu oben die Kritik des friedenswissenschaftlichen Gewaltbegriffs sowie dazu auch Weller (2003a).

³⁹ Ein anderes Beispiel wäre die feministische Friedensforschung, wenn sie die soziale Konstruiertheit von Geschlechterrollen übersieht. Für eine ausgezeichnete Darlegung dieser Kritik sowie die Erläuterung konstruktivistischer Theorieansätze, insbesondere für das Verhältnis von Militär und Geschlecht, vgl. Seifert (1999, 2003) sowie Eifler/Seifert (1999).

⁴⁰ Vgl. Weller (2001: 4-14). Die Dissertation von Dieter Senghaas ("Abschreckung und Frieden"), in welcher das Wort "Feindbild" zum ersten Mal Verwendung fand, erschien 1969. Band 1 der Friedensanalysen mit dem Schwerpunkt "Feindbilder" erschien 1975.

Konzept.⁴¹ Die mit der Bezeichnung "Feindbild" vorgenommene Unterscheidung war die zwischen der richtigen und einer falschen Weltsicht. Indem einem Feindbild qua Begriffsdefinition Fehlwahrnehmungen zugrunde lagen, war klar, dass ein Feindbild immer nur "die anderen" haben konnten. Feindbilder zu erkennen setzte folglich die richtige Sicht der Dinge voraus, oder, um es wissenschaftssoziologisch zugespitzt zu formulieren: Mit der Identifikation von Feindbildern versicherte sich die Kritische Friedensforschung der Richtigkeit ihrer Weltsicht. Es muss dann nicht weiter überraschen, dass Mitte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland keine wissenschaftliche, sondern eine *politische* Debatte um die Existenz von Feindbildern ausgetragen wurde, die der damalige Bundesverteidigungsminister in Gang gesetzt hatte (vgl. Weller 2001: 14-17).

Nun ist gegen den politischen Streit um die richtige Friedenspolitik nichts einzuwenden, aber Feindbilder wissenschaftlich zu untersuchen, vor allem ihre Funktionen, ihre Entstehung und ihre Stabilität, war über einige Jahre ein bedeutender Teil der deutschsprachigen Friedensforschung (vgl. HSFK 1975, 1976: 154-196; Sommer et al. 1987). Ein Ergebnis davon sind die über 150 Publikationen, die sich mit Feindbildern beschäftigen.⁴² Und diese Forschung

hielt – mit wenigen Ausnahmen – an der oben erwähnten, eher politisch motivierten Begriffsbestimmung fest, konnte aber keine intersubjektiv nachvollziehbaren Angaben darüber machen, wie sich die richtige von der Fehlwahrnehmung unterscheiden ließe (vgl. Frei 1986). Die Feindbild-Forschung konnte ganze Listen von Wahrnehmungsmustern, Motiven und Funktionen anführen, warum Menschen dazu neigen, Feindbilder auszubilden und an ihnen festzuhalten (vgl. Weller 2000: 87-93). Aber kaum jemand in der Feindbild-Forschung hat sich jemals die Mühe gemacht darüber nachzudenken, warum eigentlich die Feindbild-Forscherinnen und -Forscher selbst diesen Funktionalitäten und Wahrnehmungsmustern offensichtlich nicht unterliegen, denn wie sonst könnten sie gewissermaßen feindbild-frei (gewesen) sein.

Genau an dieser Stelle setzt die erkenntnistheoretische Kritik an diesem hier beispielhaft vorgestellten Teil der deutschen Friedensforschung an. Hätte die Feindbild-Forschung versucht, sich ihrer erkenntnistheoretischen Grundlage zu versichern, hätte sie wohl gemerkt, dass das Feindbild-Phänomen nicht wissenschaftlich zu erfassen ist, wenn es zwangsläufig mit Fehlwahrnehmungen verknüpft wird. Jede Wahrnehmung und Erkenntnis setzt ein Wahrnehmungsmuster voraus, und die Funktionalität von Einstellungen kommt gerade dadurch zustande, dass sie subjektiv als richtig empfunden werden. Aus ihrem Funktionalismus bezüglich der Fehlwahrnehmungen hatte die Feindbild-Forschung die Hypothese abgeleitet, dass beispielsweise auf die negativen Einstellun-

⁴¹ Zur Konzeptualisierung von Feindbildern innerhalb einer Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen vgl. Senghaas (1972b: 28-93).

⁴² Für eine Bestandsaufnahme der Feindbild-Forschung vgl. Weller (2001); für den theoretischen Ertrag dieser Forschung vgl. Weller (2000: 79-101).

gen gegenüber der Sowjetunion eigentlich niemals verzichtet werden könnte – und zwar völlig unabhängig von dort möglicherweise stattfindenden realen Entwicklungen, die aufgrund des Feindbildes nämlich gar nicht wahrgenommen werden könnten (vgl. z. B. Lißmann et al. 1975: 61).

Nun hat der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende der 1980er Jahre diese Hypothese ziemlich deutlich widerlegt; die Realität hat sich gewissermaßen theoriwidrig verhalten. Eine Feindbild-Forschung, die sich nicht auf Fehlwahrnehmungen, sondern auf die politischen Einstellungen zugrundeliegenden Wahrnehmungsprozesse, konzentrierte, hätte diesen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion spätestens nach der öffentlichen Reaktion auf H. Kohls Gorbatschow-Goebbels-Vergleich im November 1986 mit einiger Wahrscheinlichkeit prognostizieren können. Und damit wäre ein konstruktiver Beitrag zur damaligen politischen Auseinandersetzung um die sogenannte "Gorbimania" und ein innovativer friedenspolitischer Beitrag dieser Forschung zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Sicherheitspolitik in Europa möglich gewesen. So aber bleibt von den vielfachen Forschungsanstrengungen zum Feindbild-Phänomen nicht viel mehr als ein in der Öffentlichkeit und Publizistik gerne verwendeter Begriff, mit dem sich kaum auf ein friedensrelevantes beziehungsweise konfliktverschärfendes Phänomen aufmerksam machen lässt, sondern der primär dafür verwendet wird, den politischen Gegner als Fehlwahrnehmer zu diffamieren, und die eigene Weltsicht als die einzig richtige herauszustellen.

6. Schluss

Die Friedensforschung ist wie alle Sozialwissenschaften den Beschränkungen menschlichen Erkennens unterworfen, und weil diese Beschränkungen auch konfliktverschärfende Wirkungen entfalten können, gehören sie zugleich zu den friedenswissenschaftlichen Forschungsgegenständen. Dieser besondere Stellenwert der Möglichkeiten und Grenzen des Erkennens legt nahe, gerade friedenswissenschaftliche Erkenntnisse und das "Wissen" der Friedensforschung erkenntnistheoretisch zu reflektieren. So wie das Wissen um die Einseitigkeit jeder Erkenntnis die Möglichkeit eröffnet, in einer friedentheoretischen Perspektive verschiedene Weltsichten nebeneinander zu betrachten, und danach zu fragen, auf welchem Wege sie entstanden sind, und ob sie nicht gegenseitig vermittelbar sein könnten, weist die erkenntnistheoretische Reflexion auf die Einseitigkeit und Selektivität jeder friedenswissenschaftlichen Erkenntnis hin. Das aber ermöglicht nicht nur die selbstkritische Infragestellung eigener Beobachtungs- und Theoriepräferenzen, sondern auch einen veränderten Umgang mit friedentheoretischen Begriffen und Ansätzen.

Eine solche reflexive Perspektive wird vielfach in den oben erwähnten konstruktivistischen Ansätzen und Herangehensweisen eingenommen, wenn nicht nur die Konstruiertheit von legitimer Gewalt oder wechselseitiger Neigung zu Gewaltverzicht in interdemokratischen Konflikten, sondern auch die eigenen friedentheoretischen Begriffe und Ansätze als Konstruktion, etwa einer bestimmten disziplinären Betrachtungswei-

se, verstanden werden. Daraus ergeben sich verbesserte Chancen, sowohl für den interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch wie auch für den Einfluss auf politische Entscheidungen, denn die Betrachtungsweise, Begrifflichkeit und Wissensorientierung der politischen Praktikerinnen und Praktiker unterscheidet sich von jener der Wissenschaft in beträchtlichem Maße. Die entsprechend erforderlichen Übersetzungs- und Vermittlungsleistungen werden erleichtert, wenn statt monodirektiver Wissensvermittlung der reflexive Dialog über die Gründe der Differenzen und Gemeinsamkeiten des Weltwissens und der Friedensstrategien ermöglicht wird (siehe dazu auch den Anhang dieses Arbeitspapiers).

Friedenspolitische Positionen ergeben sich nicht unmittelbar aus den Resultaten friedentheoretischer Arbeit, aber letztere kann dazu beitragen, der politischen Debatte über Frieden, Krieg und Gewalt immer wieder neue Impulse zu verleihen. Dies setzt jedoch die (mehrstimmige) friedenswissenschaftliche Beteiligung am friedenspolitischen Diskurs voraus. Dieser ihrer gesellschaftspolitischen Rolle und Verantwortung wird die Friedensforschung nicht gerecht, wenn

sich ihre Stimmen nicht von dem unterscheiden, was politische Akteure wie etwa die Friedensbewegung oder Menschenrechts-Organisationen in den öffentlichen Diskurs einbringen, denn mehr denn je steht heute das Kennzeichen "Wissenschaft" in der Gefahr, als Legitimationsressource für politische Überzeugungen missbraucht zu werden.

Wenn sich die Friedensforschung als praxisorientierte interdisziplinäre Wissenschaft versteht – und als solche auch wahrgenommen werden will –, kommt sie kaum umhin, ihre friedentheoretischen Perspektiven weiterzuentwickeln, und den entsprechenden theoretischen Anstrengungen erhöhtes Gewicht zu geben. Theoriearbeit steht nicht im Gegensatz zur Praxis-Orientierung, sondern sie ist die Voraussetzung für eine moderne, praktische Sozialwissenschaft: um nämlich im schon ausreichend vielstimmigen politisch-gesellschaftlichen Diskurs *als Wissenschaft* gehört zu werden.

7. Literatur

- ami-Redaktion (Hrsg.) 1996: Friedentheorien (antimilitarismus information 26: 11), Berlin.
- Anders, Günther 1987: Gewalt - ja oder nein. Eine notwendige Diskussion, hrsg. von Manfred Bissinger, München.
- Baecker, Dirk 1997: Gewalt im System, in: Soziale Welt 58: 1, 92-109.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas 1980: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 5. Auflage, Frankfurt a.M.
- Bonacker, Thorsten 2002a: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien - Einleitung und Überblick, in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Opladen, 9-29.
- Bonacker, Thorsten 2002b: Zuschreibungen der Gewalt. Zur Sinnförmigkeit interaktiver, organisierter und gesellschaftlicher Gewalt, in: Soziale Welt 53: 1, 31-48.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter 1999: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen, 2. Auflage, Opladen 1999, 73-116.
- Brecht, Bertolt 1968: Die Dreigroschenoper (1928), Frankfurt a.M.
- Brock, Lothar 1990: "Frieden". Überlegungen zur Theoriebildung, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven (PVS-Sonderheft 21), Opladen, 71-89.
- Brock, Lothar 1995: Friedensforschung im Zeichen immer neuer Kriege, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Frieden als Zivilisierungsprojekt - Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung (AFK, Band 21), Baden-Baden, 340-350.
- Brock, Lothar 1996: Gewalt in den internationalen Beziehungen, in: Meyer, Berthold (Red.): Eine Welt oder Chaos? (Friedensanalysen 25), Frankfurt a.M., 27-46.
- Brock, Lothar 2001: Weltpolitik und Weltfrieden, in: Hauchler, Ingo-Mar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2002. Fakten – Analysen – Prognosen, Frankfurt a.M., 379-399.
- Brock, Lothar 2002: Krieg und Frieden als unerledigte Forschungsagenda, in: Sicherheit und Frieden 20: 4, 192-194.
- Brücher, Gertrud 2002: Frieden als Form. Zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus, Opladen.
- Calließ, Jörg 1983: Gewaltverständnis und Gewaltaufklärung, in: Calließ, Jörg (Hrsg.): Gewalt in der Geschichte, Düsseldorf, 9-16.
- Calließ, Jörg (Hrsg.) 1997: Wodurch und wie konstituiert sich Frieden? Das zivilisatorische Hexagon auf dem Prüfstand, Loccum.
- Calließ, Jörg/Weller, Christoph 2003: Friedenstheorie. Fragen, Ansätze,

- Möglichkeiten (Loccumer Protokolle 31/2003), Rehburg-Loccum.
- Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.) 2002: *Handbook of International Relations*, London.
- Daase, Christopher 1996: Vom Ruinieren der Begriffe. Zur Kritik der Kritischen Friedensforschung, in: Meyer, Berthold (Red.): *Eine Welt oder Chaos?* (Friedensanalysen 25), Frankfurt a.M., 455-490.
- Eifler, Christine/Seifert, Ruth (Hrsg.) 1999: *Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis*, Münster.
- Engelhardt, Paulus 1980: Die Lehre vom gerechten Krieg in der vorreformatischen und katholischen Tradition. Herkunft - Wandlungen - Krise, in: Steinweg, Reiner (Red.): *Der gerechte Krieg. Christentum, Islam, Marxismus* (Friedensanalysen 12), Frankfurt a.M., 72-124.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: Weltgesellschaft: Identifizierung eines "Phantoms", in: *Politische Vierteljahresschrift* 37: 1, 5-26.
- Frei, Daniel 1986: "Fehlwahrnehmungen" und Internationale Verständigung. Ein theoretischer und empirischer Ansatz mit einer Anwendung auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27: 2, 159-175.
- Galtung, Johan 1969: Violence, Peace and Peace Research, in: *Journal of Peace Research* 6, 167-191.
- Galtung, Johan 1975: Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Ders.: *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek, 7-36.
- Galtung, Johan 1993: Kulturelle Gewalt. Zur direkten und strukturellen Gewalt tritt die kulturelle Gewalt, in: *Der Bürger im Staat* 43: 2, 106-112.
- Galtung, Johan 1998: Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen.
- Galtung, Johan 2002: TRANSCEND: Eine Philosophie für Frieden und Entwicklung, in: *Sicherheit und Frieden* 20: 4, 195-197.
- Gantzel, Klaus Jürgen 1997: Krieursachen - Tendenzen und Perspektiven, in: *Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erziehungskultur* 8: 3, 257-266.
- Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache ungeklärt? Die Kontroversen um den "demokratischen Frieden", in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 2, 282-298.
- Haftendorn, Helga 2001: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*, Stuttgart.
- Hamm, Brigitte/Hippler, Jochen/Messner, Dirk/Weller, Christoph 2002: *Weltpolitik am Scheideweg. Der 11. September 2001 und seine Folgen* (Policy Paper der Stiftung Entwicklung und Frieden Nr.19), Bonn.

- Hasenclever, Andreas 2002: The Democratic Peace Meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9:1, 75-111.
- Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno 2003: Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: dies. (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster, 1-18.
- Heintze, Hans-Joachim 2003: Vom Mangel an Legitimität: Der Irak-Krieg und das Völkerrecht, in: Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster, 268-275.
- Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.) 2002: Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden.
- Henkel, Michael 1999: Frieden und Politik. Eine interaktionistische Theorie, Berlin.
- Hippler, Jochen 2003: Der Weg in den Krieg – Washingtons Außenpolitik und der Irak, in: Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster, 89-98.
- HSFK (Hrsg.) 1975: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 1, Schwerpunkt: Feindbilder, Frankfurt a.M.
- HSFK (Hrsg.) 1976: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 3, Schwerpunkt: Unterentwicklung, Frankfurt a.M.
- Jaberg, Sabine 1999: Der Gewaltbegriff als generierender und differenzierender Faktor der Friedensforschung (AFB-Texte 3/99), Bonn.
- Jopp, Mathias 1992: Herausforderungen an die Friedensforschung nach dem Ost-West-Konflikt, in: Jopp, Mathias (Hrsg.): Dimensionen des Friedens – Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung, Baden-Baden, 17-48.
- Kaldor, Mary 1999: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M.
- Kant, Immanuel 1795: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Band 6, Darmstadt 1964, 195-251.
- Kopperschmidt, Josef 1989: Methodik der Argumentationsanalyse, Stuttgart-Bad Cannstatt.
- Krell, Gert 1994: Wie der Gewalt widerstehen? Die Frage legitimer Gegengewalt als ethisches und politisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44: 2, 28-36.
- Krippendorff, Ekkehart 1968: Einleitung: Friedensforschung, in: Krippendorff, Ekkehart (Hrsg.): Friedensforschung, Köln, 13-23.
- Krippendorff, Ekkehart 1985: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a.M.

- Krippendorff, Ekkehart 1991: Militär - Herrschaft - Staat - und die Friedensforschung, in: Karl, Wilfried/Nielebock, Thomas (Hrsg.): Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften (AFK, Band 18), Baden-Baden, 85-91.
- Krippendorff, Ekkehart 2002: Der Wind bläst der Friedensforschung ins Gesicht..., in: Sicherheit und Frieden 20: 4, 198-200.
- Lißmann, Hans-Joachim/Nicklas, Hans/Ostermann, Anne 1975: Feindbilder in Schulbüchern, in: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 1, Schwerpunkt Feindbilder, Frankfurt a.M., 37-62.
- Matthies, Volker (Hrsg.) 1995: Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung, Bremen.
- Matthies, Volker/Rohloff, Christoph, Rohloff/Klotz, Sabine 1996: Frieden statt Krieg. Gelungene Aktionen der Friedenserhaltung und der Friedenssicherung 1945-1995. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde (Reihe Interdependenz der Stiftung Entwicklung und Frieden und des Instituts für Entwicklung und Frieden Nr.21), Bonn.
- Matthies, Volker (Hrsg.) 1997: Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung, Bonn.
- Mayer, Peter 1999: War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation "Allied Force" im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 287-321.
- Merkel, Reinhard (Hrsg.) 2000: Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht, Frankfurt a.M.
- Meyers, Reinhard 1990: Metatheoretische und methodologische Betrachtungen zur Theorie der internationalen Beziehungen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven (PVS-Sonderheft 21), 48-68.
- Meyers, Reinhard 1994: Begriff und Probleme des Friedens, Opladen.
- Meyers, Reinhard 1996: Friedenskonzepte in den Theorien internationaler Beziehungen, in: antimilitarismus information 26: 11, Y-215-Y-226.
- Moravcsik, Andrew 1996: Federalism and Peace: A Structural Liberal Perspective, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 123-132.
- Müller, Harald 2002a: Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahresschrift 43: 1, 46-81.
- Müller, Harald 2002b: Theorien des Friedens, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Baden-Baden, i.E.
- Münkler, Herfried 2002: Die neuen Kriege, Hamburg.

- Narr, Wolf-Dieter 1988: "Gewalt", in: Lippert, Ekkehard/Wachtler, Günther (Hrsg.): *Frieden. Ein Handwörterbuch*, Opladen, 158-175.
- Nedelmann, Birgitta 1997: *Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzung in der gegenwärtigen und Wege der künftigen Gewaltforschung*, in: Trotha, Trutz v. (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt (KZfSS-Sonderheft 37)*, Opladen, 59-85.
- Nuscheler, Franz/Weller, Christoph: *Die Alternative zum Krieg gegen den Terrorismus: Global Governance in der Friedens- und Sicherheitspolitik*, in: Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard (Hrsg.): *Friedensgutachten 2002*, Münster.
- Peceny, Mark 1997: *A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace*, in: *Journal of Peace Research* 34: 4, 415-430.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: *Democratic Peace – Warlike Democracies: A Social Constructivist Interpretation of the Democratic Peace*, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 491-517.
- Russett, Bruce/Oneal, John 2001: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York.
- Russett, Bruce/Starr, Harvey 2000: *From Democratic Peace to Kantian Peace: Democracy and Conflict in the International System*, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor, Mich., 93-128.
- Picht, Georg 1971: *Was heißt Frieden?*, in: Picht, Georg/Huber, Wolfgang: *Was heißt Friedensforschung?*, Stuttgart, 16-33.
- Picht, Georg 1975: *Zum Begriff des Friedens*, in: *Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.): Forschung für den Frieden. Fünf Jahre Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Eine Zwischenbilanz*, Boppard.
- Picht, Georg 1995: *Was heißt Frieden?*, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken*, Frankfurt a.M., 177-195.
- Rittberger, Volker/Hummel, Hartwig 1990: *Die Disziplin "Internationale Beziehungen" im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklung und Perspektiven*, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen (PVS-Sonderheft 21)*, Opladen, 17-47.
- Sahm, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.) 2002a: *Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden.
- Sahm, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker 2002b: *Einleitung: Frieden und Krieg in Zeiten des Übergangs*, in: dies. (Hrsg.): *Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden, 9-22.

- Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard 2002: Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: dies. (Hrsg.): Friedensgutachten 2002, Münster, 1-21.
- Schreiber, Wolfgang (Hrsg.) 2002: Das Kriegsgeschehen 2001. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen.
- Schwab-Trapp, Michael 1997: Legitimatorische Diskurse. Der Diskurs über den Krieg in Jugoslawien und der Wandel der politischen Kultur, in: Trotha, Trutz v. (Hrsg.): Soziologie der Gewalt (KZfSS-Sonderheft 37), Opladen, 302-326.
- Schwerdtfeger, Johannes 2001: Begriffsbildung und Theoriestatus in der Friedensforschung, Opladen
- Seifert, Ruth 1999: Militär und Geschlechterverhältnisse. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte, in: Eifler, Christine/Seifert, Ruth (Hrsg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster, 44-70.
- Seifert, Ruth 2003: Blind Spots und Dark Continents: Zur Bedeutung der Kategorie "Gender" bei der Analyse von Krieg und Militär, in: Calließ, Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.): Friedentheorie. Fragen, Ansätze, Möglichkeiten (Loccum Protokolle 31/2003), Rehburg-Loccum, i.E.
- Senghaas, Dieter 1972: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, 2. Auflage, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 1988: Der Zivilisationsprozess und die Friedensproblematik im gegenwärtigen internationalen System, in: Ders.: Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt a.M., 12-29.
- Senghaas, Dieter 1990: Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 1992: Friedensprojekt Europa, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 1994: Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) 1995a: Den Frieden denken, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 1995b: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken, Frankfurt a.M., 196-223.
- Senghaas, Dieter 1995c: Hexagon-Variationen: Zivilisierte Konfliktbearbeitung trotz Fundamentalpolitisierung, in: Ropers, Norbert/Debiel, Tobias (Hrsg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt, Bonn, 37-54.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) 1997a: Frieden machen, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 1997b: Frieden - Ein mehrfaches Komplexprogramm, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt a.M., 560-575.
- Senghaas, Dieter 2000: "Den Frieden stiften". Architektur einer Weltordnungspolitik für das 21. Jahr-

- hundert, in: Müller, Johannes/Wallacher, Johannes (Hrsg.): Weltordnungspolitik für das 21. Jahrhundert, Stuttgart 2000, 81-106.
- Senghaas, Dieter und Eva 1996: Si vis pacem, para pacem. Überlegungen zu einem zeitgemäßen Friedenskonzept, in: Meyer, Berthold (Red.): Eine Welt oder Chaos? (Friedensanalysen 25), Frankfurt a.M., 245-275.
- Senghaas-Knobloch, Eva 1992: Wie theoriefähig ist der Frieden? Zu systemischen und lebensweltlichen Dimensionen der Weltgesellschaft, in: Jopp, Mathias (Hrsg.): Dimensionen des Friedens – Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung, Baden-Baden, 51-65.
- Sofsky, Wolfgang 1996: Traktat über die Gewalt, Frankfurt a.M.
- Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.) 1987: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, Marburg.
- Sternberger, Dolf 1986: Die Politik und der Friede, Frankfurt a.M.
- Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen, Frankfurt a.M.
- Vogt, Wolfgang R. 1995: Frieden durch "Zivilisierung"? Zur theoretischen Fundierung der Friedens- und Konfliktforschung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Frieden als Zivilisierungsprojekt - Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung (AFK, Band 21), Baden-Baden, 13-36.
- Vogt, Wolfgang R. 1996: Zivilisierung und Frieden - Entwurf einer kritisch-reflexiven Friedenstheorie, in: Mader, Gerald/Eberwein, Wolf-Dieter/Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Frieden durch Zivilisierung? Probleme - Ansätze - Perspektiven (Studien für europäische Friedenspolitik, Band 1), Münster, 91-135.
- Vogt, Wolfgang R. 1997: Ist Gewalt zivilisierbar? Zur kritisch-reflexiven Friedenstheorie der Zivilisierung, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde - Konzepte - Handeln (AFK, Band 24), Baden-Baden, 11-53.
- Wasmuht, Ulrike C. 1998: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung. Selbstverständnis. Politischer Kontext, Münster.
- Weller, Christoph 2000: Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik. Eine konstruktivistische Perspektive; Wiesbaden.
- Weller, Christoph 2001: Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung (InIIS-Arbeitspapier Nr. 22/01), Bremen.
- Weller, Christoph 2002a: Die massenmediale Konstruktion der Terroranschläge am 11. September 2001: Eine Analyse der Fernsehberichterstattung und ihre theoretische Grundlage (INEF-Report 63), Duisburg.

- Weller, Christoph 2002b: Rezension von Johannes Schwerdtfeger: Begriffsbildung und Theoriestatus in der Friedensforschung, in: Politische Vierteljahrsschrift 43: 3, 549-551.
- Weller, Christoph 2002c: Friedensforschung zwischen Massenmedien und Krieg - Von der Manipulationsforschung zur konstruktivistischen Friedenstheorie, in: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden (Schriftenreihe der AFK, Bd. 29), Baden-Baden, 27-44.
- Weller, Christoph 2003a: Gewalt – politischer Begriff und friedenswissenschaftliche Konzepte. Eine Kritik der Gewaltfreiheit des Friedens, in: Calließ, Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.): Friedenstheorie. Fragen, Ansätze, Möglichkeiten (Loccumer Protokolle 31/03), Loccum, i.E.
- Weller, Christoph 2003b: Der Einfluss des Fernsehens auf die Deutung der Terroranschläge am 11. September 2001, oder: Die Kriegserklärung des Gerhard Schröder, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II: Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, i.E.
- Weller, Christoph/Zürn, Michael 1991: Das Ende des Militärs? Eine Auseinandersetzung mit "Staat und Krieg", in: Karl, Wilfried/Niebock, Thomas (Hrsg.): Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften (AFK, Band 18), Baden-Baden, 93-107.
- Williams, Michael C. 2001: The Discipline of the Democratic Peace: Kant, Liberalism and the Social Construction of Security Communities, in: European Journal of International Relations 7: 4, 525-553.
- Zielinski, Michael 1995: Friedensursachen, Baden-Baden.
- Zürn, Michael 2000: Vom Nationalstaat lernen. Das zivilisatorische Hexagon in der Weltinnenpolitik, in: Menzel, Ulrich (Hrsg.): Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen. Dieter Senghaas zum 60. Geburtstag, Frankfurt a.M., 19-44.
- Zürn, Michael/Zangl, Bernhard 1999: Weltpolizei oder Weltinterventionsgericht, in: Internationale Politik 54: 8, 17-24.

8. Anhang

Theoretisch-methodische Überlegungen zur Analyse der Denkmuster außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen

Bezieht man in das Untersuchungsdesign zu den Denkmustern und Begründungen außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen bezüglich des Verzichts auf gewaltsamen Konfliktaustrag auch nicht-demokratische Staaten als Konfliktbeteiligte mit ein, drängt sich neben den drei Hypothesen zum demokratischen Frieden entsprechend klassischer IB-Theorien (siehe oben) mindestens noch das sog. Sicherheitsdilemma als bestimmendes Merkmal zwischenstaatlicher Interaktion auf. Damit liegen vier Hypothesen vor, die zumindest in so weit miteinander konkurrieren, dass sie in jeweils unterschiedlichen Fällen dominant zu sein beanspruchen. Ganz holzschnittartig dargestellt:

- Liberalismus: Demokratische Gesellschaften akzeptieren keinen Krieg gegen andere Demokratien;
- Sozialkonstruktivismus: Im Konflikt mit anderen Demokratien übertragen außenpolitische Akteure die innergesellschaftlich etablierte Norm gewaltfreien Konfliktaustrags auf die zwischenstaatlichen Beziehungen;
- Institutionalismus: Die Verregelung internationaler Beziehungen durch Regime und internationaler Organisationen reduziert Unsicherheit, schafft Kooperationsforen und Erwartungsverlässlichkeit, und auf dieser Basis lässt sich auf Gewalt verzichten;
- Sicherheitsdilemma: Das Verhältnis zwischen Demokratien und Nicht-

Demokratien wird durch die Unsicherheit einer immer gefährdeten Existenz aufgrund der anarchischen Struktur des internationalen Systems geprägt, was die anderen drei Faktoren in den Hintergrund drängt.

Wenn eine dieser Hypothesen als zentrale Erklärungsvariable für zwischenstaatliches Konfliktverhalten gelten sollte, müsste das entsprechende Denk- und Begründungsmuster bei außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen zu beobachten sein. Wenn beispielsweise die Hypothese des Liberalismus zentrale Bedeutung hätte, müsste ein außenpolitischer Entscheidungsträger bzw. eine Entscheidungsträgerin, wenn wir sie bzw. ihn danach fragten, warum sie oder er den Fortgang eines Konflikts zwischen zwei Demokratien so einstuft, wie sie oder er es tut, darauf hinweisen, dass die demokratischen Gesellschaften in den betreffenden Ländern durch den Druck von Parlament und öffentlicher Meinung den Einsatz von Gewalt verhindern würden. Es würde also gewissermaßen darum gehen, die Denkmuster, Weltbilder, Theorien oder Wahrnehmungskategorien außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen zu identifizieren, um daran zu sehen, von welchen Faktoren sie den Konfliktaustrag in der internationalen Politik dominant beeinflusst sehen.

Um dies einigermaßen theorieorientiert und systematisch zu machen, müssten außenpolitische EntscheidungsträgerInnen in mindestens drei – strukturell unterschiedlichen – Staaten befragt werden. Außerdem wären für dieses Befragen mindestens drei Fälle notwendig, um den in den Hypothesen stecken-

den Erwartungen zu entsprechen. Die Frage hätte zu lauten, wie der Fortgang eines zwischenstaatlichen Konflikts eingeschätzt wird und welche *Begründung*, welche Annahmen und Denkmuster dieser Einschätzung zugrundeliegen. Die Analyse könnte in den folgenden fünf Schritten durchgeführt werden:

- | | |
|-------------------|---|
| Analyse-schritt 1 | Bestandsaufnahme augenblicklich virulenter Konflikte und systematische Auswahl derjenigen, die sich für die Befragung eignen. |
| Analyse-schritt 2 | Identifikation spezifisch nationaler Denkmuster zu den drei ausgewählten Konflikten. |
| Analyse-schritt 3 | Interviews mit möglichst hochrangigen außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen entlang der Fragen:
"Welchen Konfliktverlauf erwarten Sie?
Warum erwarten Sie diesen Konfliktverlauf?" |
| Analyse-schritt 4 | Argumentationsanalyse der Begründungen für den jeweils prognostizierten Konfliktverlauf. |
| Analyse-schritt 5 | Wiederholungsbefragung bezüglich derselben Konflikte mit drei Fragen:
Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?
Welchen weiteren Konfliktverlauf erwarten Sie?
Warum erwarten Sie diesen Konfliktverlauf? |

Analyseschritt 1:

Zunächst wären alle augenblicklich virulenten Konflikte zu erfassen und nach den folgenden fünf Merkmalen zu unterscheiden:

- Konflikte zwischen den zu untersuchenden Staaten und einer anderen Demokratie;

- Konflikte zwischen den zu untersuchenden Staaten und einer Nicht-Demokratie;
- Konflikte zwischen zwei Demokratien, ohne dass die untersuchten Staaten beteiligt sind;
- Konflikte zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien, ohne dass die untersuchten Staaten beteiligt sind;
- Konflikte zwischen Nicht-Demokratien.

Um den Einfluss staatlicher Grundorientierungen zu kontrollieren, sollten die drei untersuchten Staaten so ausgewählt werden, dass es sich um unterschiedliche Typen von Staaten, etwa eine Hegemonialmacht, eine ehemalige Kolonialmacht und eine Zivilmacht handelt (z.B. USA, Großbritannien, Deutschland). Bei den Konflikten, deren Verlauf eingeschätzt werden soll, wäre aus drei unterschiedlichen Kategorien von Konflikten jeweils ein Fall auszuwählen, damit es strukturell verschiedene Konflikte sind, die in den Interviews verwendet werden, und somit eine weitere Variable überprüft bzw. kontrolliert werden könnte.

Analyseschritt 2:

Die Analyse von Denkmustern und auch das Führen der entsprechenden Interviews mit außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen erfordert Arbeitshypothesen darüber, welche unterschiedlichen Denkmuster es geben könnte. Da nicht davon auszugehen ist, dass die klassischen IB-Theorien schon alles abdecken, was über internationale Politik gedacht wird, scheint es erforderlich, vor den Interviews die jeweiligen nationalen Diskurse über die drei Konflikte kennen-

zulernen. Dies könnte durch zwei Herangehensweisen geschehen:

- durch die Analyse von Regierungsverlautbarungen zum jeweiligen Konflikt;
- durch Test-Interviews mit WissenschaftlerInnen im jeweiligen Land (PolitologInnen, HistorikerInnen, JuristInnen), um potentielle Weltbilder und Denkmuster zu identifizieren.

Dabei könnten sich noch etwa die folgenden Alternativen zu den vier IB-Denkschulen ergeben:

- historische Argumentation;
- fall-analoge Argumentation;
- personale Argumentation;
- fall-spezifische Argumentation.

Vor Beginn der Interviews mit den außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen lägen somit zu jedem der drei Fälle ein staaten spezifisches Set von mehr oder weniger wahrscheinlichen Argumentations- und Denkmustern vor.

Analyseschritt 3:

Die Interviews sollten mit möglichst hochrangigen außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen geführt werden. Sicherlich müssten hierüber noch genauere Kategorien gebildet werden. Dabei sollten dann in jeder Kategorie mindestens drei Personen befragt werden. Die Fragestellung aber wäre für die drei untersuchten Fälle immer die gleiche:

- Welchen Konfliktverlauf erwarten Sie beim Konflikt (1) bzw. (2) bzw. (3)?

Und dann käme die Nachfrage, um das Argumentationsmuster deutlich werden zu lassen:

- Warum erwarten Sie diesen Konfliktverlauf?

Die Frage nach dem erwarteten, also zukünftigen Konfliktverlauf besitzt zwei methodische Vorteile:

- Den Befragten wird nicht nahegelegt, mit strategischen oder propagandistischen Antworten zu reagieren, weil die Frage nach einer Prognose keine entsprechenden Intentionen provoziert;
- die Nachfrage nach der Begründung für die gegebene Prognose zwingt die Befragten, über die Annahmen und Hintergründe der eigenen Prognose nachzudenken und eine damit konsistente Argumentation anzufügen; die Beantwortung kann sich also nicht an Erwartungen orientieren, welche die Befragten den InterviewerInnen unterstellen.

Analyseschritt 4:

Die Analyse und Auswertung der Antworten kann mit Hilfe eines linguistischen Verfahrens der Argumentationsanalyse nach Kopperschmidt (1989) vorgenommen werden. Es besitzt den großen Vorteil, dass es wenig Interpretationsspielraum lässt und aufgrund der vorher identifizierten staaten spezifischen Sets von mehr oder weniger wahrscheinlichen Antwortmustern sehr eindeutige Ergebnisse verpricht. Dabei wird ein Text auf die darin erhobenen Geltungsansprüche hin untersucht und anschließend die argumentative Verknüpfung der Geltungsansprüche analysiert. Durch die zweistufige Frageform wird die Grundstruktur von erhobenem Geltungsanspruch (Prognose) und argumentativer

Stützung durch die Begründung bzw. Erklärung schon vorgegeben.

Analyseschritt 5:

Sowohl zur Kontrolle der vorläufigen Ergebnisse als auch zur Überprüfung des Einflusses situationsspezifischer Faktoren erscheint ein weiterer empirischer Analyseschritt erforderlich: Eine Wiederholungsbefragung derselben Personen nach etwa einem Jahr, zu denselben Konflikten, nun aber mit drei Fragen:

- Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?
- Welchen weiteren Konfliktverlauf erwarten Sie?
- Warum erwarten Sie diesen Konfliktverlauf?

Mit diesem doppelten Material wäre ein deutlich erhöhter Forschungsertrag verbunden, denn so ließen sich die in der ersten Befragung verwendeten Denkmuster systematisch auf ihre Konsistenz, ihre Veränderungsresistenz und ihre Kontextabhängigkeit hin überprüfen. Besonders an den Antworten auf die erste Frage ließe sich erkennen, wie die Befragten die Konfliktentwicklung in ihr Denkmuster integrieren bzw. ihre Denkmuster sich möglicherweise flexibilisieren. Je nach dem Übereinstimmungsgrad mit den Ergebnissen der ersten Befragung läge außerdem ein fundiertes Ergebnis über die Konstanz oder Flexibilität von Denkmustern bei außenpolitischen Entscheidungsträgern vor. Besonders interessant wären Antworten auf folgende und ähnliche Fragen:

- Wie fallkonstant sind die Denkmuster?

- Sind die Prognosen situationsabhängig?
- Hat Lernen stattgefunden?
- Wird die "Theorie" oder nur die Prognose an den möglicherweise überraschenden, nicht-erwarteten Konfliktverlauf angepasst?
- Inwiefern liegen den Prognosen IB-Weltbilder zugrunde?
- Gibt es hierbei nationale, kategoriale oder fallspezifische Auffälligkeiten?
- Inwieweit stimmen die Prognosen mit unserer Theorieerwartung der prinzipiellen Differenz von Konflikten zwischen Demokratien und zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien überein?
- Gibt es nationale, kategoriale oder fallspezifische Auffälligkeiten?
- Gibt es Unterschiede in den Prognosen und/oder Denkbildern entlang des Faktors, ob das eigene Land eine der Konfliktparteien ist?
- Bleiben die Denkmuster konstant?
- Sind die Denkmuster personenspezifisch, fallspezifisch, staaten-spezifisch?
- Welchen Einfluss hat die unterschiedliche Rolle des eigenen Landes in der internationalen Politik auf die Denkmuster?
- Sind Prognosen und ihre Begründung stärker von jüngsten Ereignissen und Informationen als von stabilen Denkmustern abhängig?

Insgesamt könnten die Ergebnisse einer solchen Untersuchung Antworten geben auf die bisher ungeklärte Frage, ob es wirklich in der Perzeption von Konflikten zwischen Demokratien bzw. zwischen Demokratien und Nicht-Demokra-

tien die von der Theorie des Demokratischen Friedens erwartete grundlegende Differenz gibt. Es ließe sich außerdem erkennen, welchen Stellenwert internationale Organisationen für die Bearbeitung von Konflikten bei außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen genießen, und ob es hierbei auffällige Unterschiede zwischen den untersuchten Staaten gibt. Desweiteren hätten wir einen Einblick in die Wahrnehmungskategorien außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen und mögliche grund-

legende Differenzen zwischen den außenpolitischen EntscheidungsträgerInnen verschiedener Staaten - oder Gemeinsamkeiten!? Vor allem aber wäre ein solches Projekt ein Test für die grundlegende liberale These, dass in Demokratien über internationale Konflikte in innenpolitik-analogen Kategorien gedacht wird, und dass internationale Organisationen eine bedeutende Rolle für die Erwartungen über den Konfliktverlauf spielen.